

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Vorkriegsabend - Verantwortlich Albert Kautz, Magdeburg. - Verantwortlich für den Inhalt: Wilhelm Lindau, Magdeburg. - Druck und Verlag von W. Kautz & Co. Magdeburg, Große Münzstraße 3. - Fernsprecher: 1234 bis 1237. - Postzeitungsliste 2. Nachtrag Seite 110. - Bezugspreis: monatlich 2,00 Mark, Abnehmer 1,50 Mark. Einzelpreis 15 Pfennig. Sonntags 20 Pfennig.

Anzeigenpreise: Die 10spaltige 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 20 Pf., auswärtig 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 1/2 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreispaltige 20 Millimeter breite Reklamezeile örtlich 100 Pf., auswärtig 150 Pf., Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Plagiaten keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 27.

Magdeburg, Dienstag den 2. Februar 1926.

37. Jahrgang.

Um Mitternacht am Kölner Dom

Erfolg der Verständigungspolitik.

Die Bevölkerung Kölns ist seit Sonnabend Zeuge großer weltgeschichtlicher Ereignisse, die naturgemäß die direkt Beteiligten unmittelbar packen, als die Bevölkerung des übrigen Deutschlands. Köln ist seit Sonnabend nachmittags 4 Uhr von Besatzungsgruppen vollkommen frei. Um 3 Uhr nachmittags marschieren am Domplatz vor dem Hotel Erzelsior, dem Standort der englischen Besatzungsbehörden, zwei Kompanien schottischer Infanterie auf, um beim

Niederholen der britischen Flagge

die militärischen Ehren zu erweisen. Mit klingendem Spiel zog dann die Truppe zum Bahnhof, wo sofort der Abtransport erfolgte.

Unmittelbar nach dem Abzug der Besatzung flaggten viele private und öffentliche Gebäude in den Reichs-, Landes- und Stadtfarben. Wo an einzelnen Häusern schwarzweißrote Flaggen zum Vorschein kamen, machte die Bevölkerung teilweise kurzen Prozess und holte sie herunter. Denn Schwarzweißrot als Zeichen der Völkerverhöhnung hat dort nichts zu suchen, wo die Verständigungspolitik ihren ersten großen, weithin sichtbaren Erfolg zeitigt. Und mit dem Niederholen der schwarzweißroten Fahnen brachten die Kölner zum Ausdruck, daß in Zukunft Locarno-Geist im Rheinland, wie auch im übrigen Deutschland vorherrschend sein soll, der Geist der friedlichen Neubelebung der europäischen Völker gewährleistet.

Dem Abzug der Truppen am Sonnabend folgte eine erhebende Feier zu Füßen des gewaltigen Kölner Doms um Mitternacht, der Stunde, in der offiziell die Besetzung zu Ende war. Mit Ansprachen des Kölner Oberbürgermeisters Adenauers und des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, der nach Köln geeilt war.

Reider hatte es Oberbürgermeister Adenauer nicht für nötig befunden, die Vertreter der Arbeiterschaft zu den Vorbereitungen mit heranzuziehen. In der Entscheidung einer Sozialdemokratischen Kreisversammlung, die am Sonntag in Köln tagte, wird das tief bedauert und zur Räumung der Kölner Zone selbst gesagt: Alle Volksteile sind angesichts der Befreiung Kölns von berechtigtem Jubel erfüllt. Gerade wir Sozialdemokraten sehen darin eine Genugtuung.

den Erfolg unserer Verständigungspolitik,

die auf die Erhaltung der Reichseinheit gerichtet war. Das geschah zu einer Zeit, als gewisse rheinische Kreise das Rheinland von Preußen loslösen oder gar verlassen lassen wollten. Daher erklärt die heutige Kreisversammlung der Kölner Sozialdemokratie, daß jede Befreiungsfeier, die bei der Vorbereitung und bei der Durchführung nicht auch vom Willen der breiten Arbeitermassen getragen wird, eine Verfälschung der Stimmung des rheinischen Volkes ist. Sie beklagt dabei aufs tiefste, daß die verantwortlichen Behörden bei der Wiederholung der britischen Flagge nicht für die Hissung der schwarzroten goldenen Fahne der deutschen Republik gesorgt haben, die die vielen Zehntausende der Zeugen des weltgeschichtlichen Vorgangs mit Freude begrüßt haben würden.

Die mitternächtliche Kundgebung am alten Dome gestaltete sich, da auch das Reichsbanner alle Republikaner zur Teilnahme aufgerufen hatte, zu einer erhebenden und wichtigen. Eine Wolff-Meldung berichtet: „Die Uhr kündigt die Mitternachtsstunde. Auf dem Domplatz stehen seit Stunden dichtgedrängt viele Zehntausende und warten auf den so lange ersehnten Augenblick. Auch alle Nebenstraßen sind mit einer unüberschaubaren Menge gefüllt. Alle Fenster, Balkone und Dächer der Häuser, die zum Teil illuminiert waren, sind dicht besetzt. Als der zwölfte Schlag verhallt, flammten auf hohen pylonen rechts und links vom Haupteingang des Domes Feuer empor. Hunderte von elektrischen Lampen erhellten den Platz taghell. Die Deutsche Glocke am Rhein, die Petrus-Glocke des Domes, begann zu läuten und kündigt Köln, daß es frei ist.“

Freudige Bewegung ging durch die Massen, als Oberbürgermeister Dr. Adenauer das Rednerpult betrat und in flammenden Worten der Freude Kölns Ausdruck gab. Begeistert wurde sein Hoch auf das deutsche Vaterland aufgenommen. Die Hüte flogen von den Köpfen, und aus mehr als hunderttausend Kehlen brauste das Deutschlandlied zum nächsten Himmel.

Alsdann ergriff der preussische Ministerpräsident Dr. Braun das Wort zu seinen Ausführungen, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Von allen Kirchtürmen der Stadt läuteten die Glocken. Langsam perloierten

dann die Flammen, und im stillen Ernst, doch freudig bewegt, strömte die Menge langsam auseinander.“

In die freudigen Gefühle der Kölner Bevölkerung vermog sich nur der hineinzuwerfen, der sie unter dem Druck der Besatzung und all der Mißlichkeiten, die eine solche mit sich bringt, gesehen hat. Darum haben auch die Freudeausbrüche am Sonnabend und in der Nacht zum Montag mit Rationalismus nichts zu tun. Sie waren nur der Ausdruck der Entspannung nach jahrelanger verhaltener innerster Erregung.

Ein Wort noch zum Hissen der Flaggen am Sonnabend.

Die republikanische Bevölkerung Kölns und ganz Deutschlands hätte erwartet, daß, nachdem die britische Flagge, die sechs Jahre lang über Köln geweht hatte, heruntergeholt war, die Flagge der deutschen Republik gezogen würde. Aber man zog

statt Schwarzrotgold die Kölner Stadtfarben.

Warum das? War das eine Konzeption an die schwarzweißrote Volksgesellschaft? Denn man kann doch keinem Menschen einreden-wollen, daß etwa die Gefühle der abrückenden fremden Truppen verletzt werden konnten, wenn Landesfarbe gegen Landesfarbe eingetauscht wird. Ueber das befreite Gebiet gehört die Fahne der freien Republik, auch wenn sie den deutschen Nationalisten verhaßt ist.

Die Kölner Zone ist frei. Jubel, nicht daß verfolgte die abziehenden Besatzungsgruppen. Jubel, der nicht nur der Befreiung deutschen Landes galt, sondern auch in ebenso starkem Maße dem Gedanken daran, daß sich seit der Besetzung des Rheinlandes die Völker zusammengefunden haben, um Streitfragen künftig in friedlicher Verständigung zu lösen.

Die Räumungsbottschaft.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat von der Rheinlandkommission folgende Mitteilung erhalten:

„Die in der Botschafterkonferenz vertretenen alliierten Regierungen haben auf Grund des Art. 249 des Friedensvertrags beschlossen, am 31. Januar um Mitternacht die in Absatz 1 dieses Artikels bezeichneten deutschen Gebiete zu räumen. Die Rheinlandkommission und die militärischen Besatzungsbehörden sind beauftragt, alle hierzu erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Sie werden während einer möglichst kurzen Uebergangszeit die notwendigen Abwicklungsstellen zurücklassen, ohne Hoheitsrechte, lediglich zur Abschätzung von Schäden und dergleichen.“

Die alliierten Regierungen hoffen, daß die deutsche Regierung die Anstrengungen würdigen wird, die die Rheinlandkommission und die Armee gemacht haben, um die Räumung in kürzester Frist zu ermöglichen, die in dem Briefe der Botschafterkonferenz vom 16. November 1925 vorgezeichnet ist. Die Rheinlandkommission spricht ferner die Bitte aus, man möge provokatorische, das Werk von Locarno störende Kundgebungen aus Anlaß der Räumung vermeiden.“

Räumung von Bonn und Arefeld.

Am Sonnabend nachmittags um 3 Uhr wurde von dem Hauptquartier der in Bonn in Garnison befindlichen französischen Truppen die Nationalflagge niedergeholt. Dieser Akt erfolgte in feierlicher Form mit anschließendem Paradezug. Die Truppen marschierten dann zu dem Güterbahnhof, von wo sie sofort weiterbefördert wurden.

Aus Anlaß der Befreiung der Stadt Arefeld sollen alle Kriegsoffer des letzten Krieges sowie die Veteranen aus den früheren Feldzügen eine Ehrengabe in barem Gelde erhalten. Oberbürgermeister Johannsen erließ einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem er sie zum Schmücken und abendlichen Besuchen der Häuser auffordert.

Das Gelöbnis Preußens.

Der preussische Ministerpräsident Braun hielt bei der mitternächtlichen Befreiungsfeier in Köln auf dem Domplatz eine Ansprache, in der u. a. folgendes ausführte:

Die Drangsale und Entbehrungen der Besatzungsjahre sind, was nicht oft und nachdrücklich genug betont werden kann, von der Bevölkerung des Rheinlandes für uns alle im unbefesteten Deutschland getragen worden. Die preussische Staatsregierung wird, das versichere ich in dieser mitternächtlichen Stunde feierlichst als preussischer Ministerpräsident, sich immer dankbar und stolz der in der Zeit nationaler Not von der Bevölkerung ihrer westlichen Grenzprovinz bewiesenen

mannhaften Treue und beispiellosen Opferwilligkeit erinnern und in dieser Erinnerung, die stets lebendig bleiben soll, ihre besondere Fürsorge und Pflege dem rheinischen Volke angedeihen lassen.

Zu solcher Fürsorgebereitschaft rechne ich ganz selbstverständlich, daß die preussische Staatsregierung festen Willens ist, den sozialen und kulturellen Bedürfnissen des Rheinlandes in größtmöglichem Umfang Rechnung zu tragen. Auf diese Weise glaubt sie am ehesten, das ihr vorstehende Ziel erreichen zu können, die letzten Ueberbleibsel des Mißtrauens, die im Rheinland aus einer früheren Zeit gegen Berlin noch vorhanden sein sollten, restlos zu beseitigen.

Unsre Freude am heutigen Tage wird freilich noch getrübt durch die schmerzliche Tatsache, daß mehr als vier Millionen Volksgenossen weiterhin unter fremder Besatzung leben müssen. In dieser unfern noch leidenden Brüdern und Schwestern gelten in dieser Stunde unsre herzlichsten Grüße und die unbedingte Versicherung, daß wir nichts unberührt lassen wollen, um ihre Leiden zu lindern und abzukürzen. Daß diese Abkürzung in nicht zu ferner Zeit eintritt, ist unsre zutreffendste Hoffnung und bestimmte Erwartung.

Diese unsre Erwartung stützt sich auf den Geist der gegenseitigen Völkerverständigung, von dem der Pakt von Locarno getragen ist und der im Rahmen der europäischen Völkerfamilie, deren Einzelglieder jetzt gleichberechtigt sein sollen, Verständnis und Entgegenkommen auf allen Seiten zur Voraussetzung hat.

Aus innerstem Herzen und, von der friedfertigen Genugtuung geleitet, bejaht die Regierung der Republik Preußen jenen neuen und vielversprechenden, auf die moralische Entwaffnung Europas hinarbeitenden Geist von Locarno. Das sind wir unserm ganzen Volke, dessen durch den Weltkrieg zerrüttete Zivilisation nur in einer Aera dauernden Friedens wiederhergestellt werden kann, und nicht an letzter Stelle dem rheinischen Volke schuldig.

Unsre Freude am heutigen Tage wird aber auch weiter noch beeinträchtigt durch die traurige Wirtschaftskrise, die unserm gesamten Volkskörper erfaßt und über die weitesten Kreise Arbeitslosigkeit, Entbehrung, Hunger und Verzweiflung gebracht hat. Wenn die bedrohliche Zahl der Erwerbslosen, der Kurzarbeiter und der mitbetreffenen Familienangehörigen an sich schon zu größtmöglicher staatlicher Sorge und Hilfe Anlaß gibt, so gilt dies in verstärktem Umfang hier im Westen, wo die Arbeitslosigkeit nicht nur zahlenmäßig größer ist, sondern in den vorwiegend großstädtischen und industriellen Gebieten sich auch drückender und entmutigender auswirkt. Es wird des vereinten Zusammenwirkens aller Teile unsers Volkes bedürfen, um über die gegenwärtige Volksnot, diese schwerste Auswirkung des verlorenen Krieges, hinwegzukommen und unsern arbeitssamen Volke in langjähren wirtschaftlichem Aufstieg eine sichere Zukunft zu bereiten.

Leicht wird es uns nicht gemacht, besonders hier im Westen. Denn zu all dem Leid und Elend, das sich aus der Wirtschaftskrise ergibt, ist die rheinische Bevölkerung nun auch noch um die Jahreswende von der verheerenden, in solchem Umfang seit mehr als hundert Jahren nicht beobachteten Hochwasserkatastrophe getroffen worden.

Ministerpräsident Braun schloß mit den Worten: Möge die weisvolle historische Stunde, in der wir hier am Fuße des heiligen Kölner Domes zusammengetreten sind, uns in dem erneuten Gelöbnis vereinen, treu zu Preußen, treu zum Reiche zu stehen und nun, befreit von dem lähmenden Druck der Besatzung, in gemeinsamer zäher Aufbaubarbeit unser deutsches Vaterland durch das Dunkel der trüben Gegenwart einer bessern Zukunft entgegenzuführen.

Bottschaft Hindenburgs.

Reichspräsident Hindenburg hat aus Anlaß der Räumung der Kölner Zone folgendes Telegramm an den Oberpräsidenten Fuchs gefandt:

Heute um Mitternacht wird für die erste Zone des besetzten Rheinlandes die Stunde der Befreiung schlagen. Ich bitte Sie aus diesem Anlaß der Bevölkerung dieser Teile der Ihrer Obhut anvertrauten Provinz meine aufrichtigsten Grüße und besten Wünsche zu entbieten und ihr sowie den Behörden den Dank des Vaterlandes für ihr treues Aushalten in der nunmehr hinter ihnen liegenden schweren Zeit auszusprechen. Neue große Aufgaben stehen bevor. Ich hoffe, daß die Behörden im engen Zusammenwirken mit allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung die wiedererlangte Handlungsfreiheit dazu benutzen, um nach Möglichkeit die Schäden zu heilen und an dem Wiederaufbau der Heimat zu arbeiten. Daß auch dem übrigen besetzten Gebiet bald der Tag der Freiheit kommen möge, ist aller Deutschen hehnlichster Wunsch.

Reichskanzler Luther sprach in einem Telegramm der Bevölkerung der geräumten Zone den Dank der Reichsregierung aus, zugleich mit dem Gelöbnis, den Bewohnern der noch besetzten zweiten und dritten Zone die Last zu erleichtern.

Wahlreform.

Im Reichsministerium des Innern stehen die Vorarbeiten zu einem Wahlreformgesetz vor dem Abschluss, der als Ziel die Abschaffung der Listenwahl, die Einführung der Persönlichkeitswahl, die Ausschaltung von Splitterparteien und die Erzielung möglichst klarer Mehrheitsverhältnisse anstrebt. An dem Grundsatz der Verhältniswahl wird festgehalten, dagegen soll eine andere zweckmäßigere Berechnung der Reststimmen erfolgen.

Die bisherigen großen Wahlkreise sollen durch kleinere ersetzt werden. Es werden wahrscheinlich 156 Wahlkreise geschaffen werden. Voraussichtlich wird auf 70 000 Stimmen ein Reichstagsabgeordneter kommen, so daß im ganzen mit etwa 390 Reichstagsabgeordneten zu rechnen ist. (Der jetzige Reichstag zählt 493 Abgeordnete.) Die Wahlvorlage soll möglichst bald dem Reichstag zugeleitet werden.

Aus antiken Kreisen wird berichtet, daß an eine Änderung des Wahlrechts an sich, wie es in der Verfassung festgelegt ist, nicht im geringsten gedacht wird. Demnach bleibt die Grenze für das Alter der Wähler bzw. der zu wählenden Personen also bestehen und wird nicht, wie eine andere Meldung behauptet, hinaufgesetzt.

Strefemann fürchtet die Öffentlichkeit.

Am Montag beginnt vor dem Schwurgericht des Landgerichts 3 in Berlin der Mordprozess gegen die Mörder des Schützen Pannier. Der Prozess wird den ersten der acht vom Berliner Polizeipräsidentium aufgedeckten Mordmorde zur Verhandlung bringen. Zwei von den Mordmorden, die Fälle Holz und Meyer, sind vor wenigen Wochen vor mecklenburgischen Gerichten bereits zur Aburteilung gelangt.

Der Schütze Pannier war im Frühjahr 1923 in eine Truppe der „Schwarzen Reichswehr“ im Lager Döberitz eingetreten. Dieses „Arbeitskommando“ unterstand zunächst dem Leutnant Venn, später dem Hauptmann Gutfnecht und dem Oberleutnant von Senden. Wenn, Gutfnecht und von Senden, die ehemaligen Vorgesetzten des „Arbeitskommandos Döberitz“, stehen als Anstifter des Mordes vor Gericht, die ehemaligen Unteroffiziere Achenkamp, Stein und Schirrmann als Täter.

Pannier hatte sich innerhalb des Arbeitskommandos durch verschiedene Verbrechen unbeliebt gemacht und geriet in den Verdacht, das Arbeitskommando „an die kommunistische Partei und die Entente“, d. h. an die preussische Polizei, verraten zu haben. Pannier begab sich wegen der Mißbilligungen im Lager nach Berlin, wurde jedoch durch einen Trick des Feldwebels Schirrmann wieder zurückgeholt. Bei einem Unstern der Kompanie in ein anderes Barackenlager entwich Pannier zum zweiten Male. Von einer Patrouille seines Regiments wurde er daraufhin in Berlin wieder verhaftet. Sein Appell an die Polizei blieb ergebnislos, da die Patrouille mit militärischen Ausweisen versehen war. So wurde Pannier dem Wehrkreiskommando und dessen „Referenten für das Arbeitskommando“, Oberleutnant Schulz, als „Deserteur“ zurückgeliefert.

Als er im Lager Döberitz eingeleitet war, wurde von den Offizieren des Arbeitskommandos seine Beiseitigung sofort beschloffen. Leutnant Wenn hat zunächst dem Feldwebel Achenkamp die Anweisung gegeben: „Pannier muß erledigt werden! Wenden Sie sich an Oberfeldwebel Stein!“ Die drei Unteroffiziere Achenkamp, Stein und Schirrmann führten dann Pannier am Morgen des 4. Juni 1923 vom Lager

als Grund nach dem Verschleppbahnhof Mustermark und erschlugen ihn in einem Wäldchen seitwärts vom Wege mit einem Beile. Darauf gingen sie nach Döberitz zurück und meldeten befehlsgemäß die Ausführung der Tat.

Der „Vorwärts“ meldete, daß Reichswehrminister Gehler und der Reichskanzler Luther ihren Einfluß aufbieten, um die Öffentlichkeit des beginnenden Mordprozesses zu verhindern. Das stellte die Regierung durch eine Mitteilung des Vereins deutscher Zeitungsverleger „richtig“, indem sie zwar nicht abstriet, daß Bemühungen seitens der Regierung gemacht wurden, die aber nicht von Luther und Gehler, sondern von Herrn Strefemann ausgegangen seien. Dieser — als Außenminister — hat darauf

Helmuth von Gerlach.



Helmuth von Gerlach, der bekannte Herausgeber der linksgerichteten „Welt am Montag“ und Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für Menschenrechte, wird am 2. Februar 60 Jahre alt.

aufmerksam gemacht, daß die bekannten außenpolitischen „Bedanken“ seitens des Gerichts zu beachten seien, wenn es die Verhandlungen öffentlich führt. Der „Vorwärts“ sagt dazu:

„Jetzt gesteht Strefemann selbst, daß er aus „außenpolitischen Gründen“ das Gericht zu beeinflussen sucht, indem er es an seine „Pflicht zur Prüfung“ erinnert.“

Die außenpolitischen Gründe sind in Wirklichkeit an den Saaren herbeigezogen. Die Entente hat von der Existenz der „Schwarzen Reichswehr“ früher und mehr gemußt als der Durchschnittsdeutsche, um so mehr, als jede öffentliche Besprechung der „Schwarzen Reichswehr“-Schande mit einem Landesverratsprozess bedacht wurde. Die deutsche Öffentlichkeit ist systematisch im Irrtum erhalten worden über die „Arbeitskommandos“, die bei jedem Fußstich plötzlich in einer der Reichswehruniformen tauschend ähnlichen Bekleidung auftauchten. Erst jetzt die „national-kommunistischen Gauen“ in Rußland etwas unternahmen, was Wissen langst kommen sah, aber was der Reichswehr denn doch gegen den Strich ging — erst da wurde mit dem sträflichen Unstern aufgeräumt. Wenigstens verjährt man das heute.

Aber wenn wirklich aufgeräumt ist, was gibt es dann noch aus „außenpolitischen“ Gründen zu verbergen? Die Geheimhaltung der Schwurgerichtsverhandlungen wird doch im geraden Gegenteil den Eindruck erwecken, daß noch immer in Deutschland etwas zu verbergen ist.

In nächster Zeit wird der Fall des Oberfeldwebels Wilms, dessen Leiche, mit Eisenstücken beschwert, aus der Gabel gelandet ist, zur Verhandlung kommen. Auch der Prozess gegen die Mörder des Unteroffiziers Reichle, der am 23. Juni 1923 in einem Walde bei Wäldchen ermordet wurde, wird im Laufe des Februars Verhandlungsbereif werden. Als Anstifter sind angeschuldigt die Oberleutnants Schulz und Raphael, als Täter Klapproth, Glaser und Schür. Die Ermittlungen im Falle der Ermordung des Feldwebels Brauer, in dem die gleichen Offiziere und Unteroffiziere als Anstifter bzw. als Täter in Frage kommen, schreiten inzwischen weiter fort.

Gewisse Schwierigkeiten macht noch die Untersuchung der Ermordung des Leutnants Sand. Auch hier werden Schulz und Klapproth der Anstiftung beschuldigt. Weiter wird der Mord an dem Feldwebel Willi Legner von der Berliner politischen Polizei bearbeitet. Legner ist ebenfalls in Döberitz ermordet worden. Seine Leiche konnte bis jetzt allerdings noch nicht gefunden werden, obwohl die Stelle, an der Legner verscharrt wurde, ungefähr bekannt ist.

Insgesamt sind etwa 40 Personen in diese acht Mordfälle als Anstifter und Täter sowie als Gehilfen verwickelt.

Termin für das Volksbegehren.

Wie dem Reichsdienst der Deutschen Presse berichtet wird, erwartet man in politischen Kreisen, daß als Termin für das Volksbegehren in der Frage der Fürstentümer voraussichtlich die Zeit vom 8. bis 17. März bestimmt werden wird. Die Veröffentlichung des Termins unter gleichzeitiger amtlicher Publikation des eingereichten Gesetzentwurfs erfolgt im „Reichsanzeiger“.

Die Zahl der Eintragungslisten für sämtliche deutschen Gemeinden wird auf rund 1 Million geschätzt. Da die Prüfung und Zählung der Listen längere Zeit erfordert, kann nicht damit gerechnet werden, daß vor Anfang April festgestellt wird, ob die Voraussetzungen für einen Volksentscheid vorliegen.

Eine genaue Festsetzung des Termins durch das Reichsministerium des Innern ist bisher noch nicht erfolgt.

Kurswechsel im Saargebiet?

Uebereinstimmende Meldungen aus Paris besagen, daß der bisherige Präsident der Saarregierungskommission, der Franzose Rault, demnächst von seinem Posten scheiden wird. Sein Nachfolger soll ein Engländer sein.

Diese Abberufung wäre um so mehr zu begrüßen, als Rault, ein Kreator Clemenceaus und Poincarés, sich völlig in den Dienst der damaligen annexionspolitischen Politik Frankreichs gestellt hatte, die er mit schreiender Parteilichkeit bis zum Umschwung im Jahre 1924 fortsetzte. Er zeigte zwar dann eine auffallende Anpassungsfähigkeit an die neuen Richtlinien der französischen Politik, doch die Erinnerung an seine Tätigkeit in den ersten Jahren der Völkerverwaltung blieb naturgemäß in der Saarbevölkerung und in Deutschland wach und kein äußerlicher Kurswechsel vermochte das Vertrauen wiederherzustellen, das sich Rault bei den deutschführenden Bewohnern völlig verdient hatte.

Am Saart werden dem scheidenden Rault keine Tränen nachgeweiht werden. Öffentlich wird sein englischer Nachfolger eine glücklichere Hand in der Behandlung des Saargebiets zeigen.

Treiber des Stellenschwindels.

Von besonderer Seite wird der „Welt am Montag“ geschrieben: Bekanntlich hat Dr. Krieger durch den Hugenbergschen „Tag“ die Lügenkampagne über die angebliche Stellenjägererei der Sozialdemokraten beim Völkerverbund unternommen.

Der Informator Kriegers war Dr. Beer, früher Vertreter von W., jetzt Genfer Korrespondent der „Kölnischen Zig.“ Herr Beer hat bereits seit längerer Zeit die Zusicherung des französischen Leiters der Presseabteilung des Völkerverbundes erhalten, daß

Bemerkungen zum Theater.

Aus dem Theaterheft des „Durchschnitts“, das in den nächsten Tagen erscheinen wird, steht hier ein Aufsatz von Franz Biet, für dessen persönliche Genehmigung zur Wiedergabe der Gegenwart der „Durchschnitts“ die Genehmigung überlassen.

Satz und groß gesagt: Nichts steht dem heutigen Menschen ferner als das heutige Theater. Die Defizite und Mängel dieser sogenannten Kunstform sind weder in der materiellen Benachteiligung noch in der Bekämpfung der Schauspieler zu suchen, weder in den beschleunigten Wegen der Produktion und Auswertung, noch in der Unbegabtheit der heutigen Theaterdarsteller: dies sind nicht Ursachen, sondern teilweise Folgen der Tatsache, daß der heutige Mensch das Theater meidet, weil es weder der heutigen Form seines Lebens entspricht, noch den Anschauungen, die er über diese Form hat. Also weder seinen Anschauungen noch seiner Kunst. Daran ändern auch alle Regisseure nichts, sie mögen sich noch so sehr das Haar ausranzen bei ihren Versuchen, alten Wein in neue Schläuche zu füllen. Man mag sich nicht aus dem neuen Schlauch, wenn der alte Wein umgefallen und der neue schon Säuung ist, bevor er auf Flaschen gezogen wurde.

Wenn ein heutiges Theater schon auf Grabsbeil kommt, das Ziel der mittleren Schichtenklassen von 1880, dann braucht man eigentlich nicht mehr anzunehmen, daß es mit dem Theater für eine Weile zu Ende ist. Der Bildungsbourgeois, zur Zeit der deutschen Kaiserzeit mit Sessing begonnen, ist angelehrt. Nichts mehr ist davon übrig. Nur ein paar Mittelstufenschüler postmodernes Anstands die Coupons dieser längst entwerteten Aktien als Eintrittskarten. „König der Welt“ — ich habe seit dreißig Jahren keinen lebendigen Menschen getroffen, der Lust hätte, sich das im Theater anzuhören. Aber um es gleich zu sagen: der Publikumsgewinn war ihm ebenso warm und nicht minder irgendeinmal von Recht oder Braut oder Julia. Ob eine ins „Königliche“ gezeigte Plakate jählich redete oder aufgesetzt ist, ist mir gleichgültig bei Handlung, so sie von Piffes gespielt wurde oder von Wegeners — der heutige Mensch hoch und heilig nicht im eiferwärtigen dann, das Opfer dreier Stunden eines kurzen, aber höchst interessanten Lebens zu bringen, um sich das anzuhören.

Überall gibt's Staatstheater, und alle arbeiten mit eueren Defiziten. Aber man zahlt sie, weil der geistige Kulturbetrieb einer Nation erhalten werden müsse. Das werden sich ja Beamte und Regierungen unter Kulturbetrieb denken, daß man wenigstens gleichgültig gewordene Menschen spielt — was denn? Der den Unglücklichen, denen es seit Jahrzehnten Gewohnt ist, das Geplante in der Presse zu kritisieren und dabei wenigstens den Schein vorzunehmen, daß sie ja nicht spielen, sondern nur die Wirklichkeit und einigiges Vergnügen. Der Leuten, die eine Abendgesellschaft haben. Der Frauen, die ein neues Kleid nachher beim Souper zeigen wollen, und deren jähelnden Tänzern. Der im nächsten letzten Stuhl. Dabei geht man die Schauspieler des „Königlichen“ vor sich. Man zahlt, als ob der König der Welt wäre, wenn man ihn nicht spielte,

oder Erich Mojsie, als ob der gewonnen würde damit, daß man ihn spielt. Mit dem Kulturbetrieb des Theaters ist's wie mit dem der Kunstakademien. In Österreich gab es in den letzten dreißig Jahren, sehr breit eingeführt, drei Maler, die sich in Europa sehen lassen konnten und nicht nur in Wiener ersten Stadien. Aber die Wiener Akademie entläßt jedes Jahr zwanzig akademische Maler, also in diesen 30 Jahren 600 Stück! Akademien waren die genannten drei nie auf einer Akademie gewesen, sondern in einer Kunstgewerkschaft.

Käthe Kollwitz in Amerika.



Die berühmte Malerin Käthe Kollwitz, deren Kunst aus dem Leben des arbeitenden Volkes schöpft, zeigte zum erstenmal in der 5. Avenue in New York einige Werke ihrer Kunst. Die Ausstellung war außerordentlich gut besucht und die amerikanischen Kritiker zählten sie zu den größten Künstlern, die das moderne Deutschland hervorgebracht.

Das Theater ist ein glänzendes Geschäft für die Unternehmener gewesen. Es ist keine Sache des Freitages von Hoffaltungen gewesen. Es gibt keine Hoffaltungen mehr. Aber man übernahm Prestige und Defizit.

Wenn ein Arbeiterverein eine Theateraufführung veranstaltet, spielt er immer den „Kraus der Sabinerinnen“. „Die Weber“ — das haben die Leute gelacht und Geschmach genug, sich das nicht noch einmal von der geschminkten Bühne bezunter vorspielen zu lassen. Ein bürgerlicher Theaterverein würde sich eine Operette mit der Majarr vorspielen. Und er läte recht so. Beides ist Theater: oberflächlich, absurd, spielerisch, unproblematisch, weltfremd. Die Idee, daß einer in zweieinhalb Stunden theatralisch etwas durch die Schauspieler Tiefinniges und Bedeutungsvolles mitteilen könne, das den heutigen Menschen ins Herz trifft, ist eine Idee von Bedanten oder von Schmarastisten. In solcher Spanne Zeit und vor neunhundert irgendwie zusammengekauften, ein Publikum bildenden Leuten kann man nur unsinnigen Unsinn treiben, Spampomaden mit Musik, Vollheiten mit Alkohol, Anodabotismen. Jeder naturalistische oder idealistische Realismus, der sich da eine Imitation des „so ist das Leben“ abschafft, ist blödsinnig, nicht unsinnig. Ein Theater wie das heutige, das solches immer wieder tut, ist kein „Kulturbetrieb“, sondern eine Blödsinnigen-Anstalt.

Es wird dreißig und mehr Jahre brauchen, bis die ungeheure Umwertung unserer geistigen und sittlichen Welt sich in das Kleinzelb des allgemeinen Verkehrs wird umgesetzt haben, das nötig ist, damit wieder ein Theater werde. Jeder Versuch, heutige Erkenntnistheorie heute auf die Bühne zu bringen, würde an der Unverständlichkeit scheitern, wie Musiks Schwärmer, der erste und einzige Versuch, scheitern mußte. Und vor dem heutigen Menschen, der Einstein, Bergson, Scheler, Meherston liebt, der seine Zeit nicht in „Verhältnissen“ hindringt, scheitert jedes Theater, das man heute spielt, weil er es von vorvorgestern findet. Er wird jeden Varietétrick, jedes Ballett „heutiger“ finden als diese heute hergestellten Drei- und Fünfkakter.

Das Theater ist in der liberalen Zeit des Bürgertums eine Mode geworden. Es ist eine Mode gewesen. Wir erlauben uns, ihr Aufstium auch dann als von ehedem zu erkennen, wenn es kniefrei ist. Das heute gespielte Theater drückt nichts mehr aus als seine eigne parodierende Grimasse. Weder unser Leben noch unsere Anschauungen, weder unseren Zustand noch unsere Erkenntnistheorie, weder unsere Gegenwart noch unsere Erwartungen, weder unsere Liebesaffären noch unsere Geschäfte. Das Theater tritt als künstlerischer Ausdruck in die letzte Reihe, wo es schon dunkel zu werden beginnt.

Filmschau.

„Zuk“ hat einen recht unterhaltenden amerikanischen Film mit dem sonderbaren Titel „Warum soll er nicht...?“ Man denkt sich dabei allerlei, Erlaubtes wie Verbotenes. Und man denkt richtig. Der Film ist außerst lebendig, sehr unterhaltend und obenrein stellenweise sogar recht witzig. Zwei Kinofabrikanten streiten sich um die Güte ihrer Wagen und berufen den Streit zu schlichten dadurch, daß der eine seinen als besten Rennfahrer bekannten Sohn mit der Tochter des andern (die damit sehr einverstanden ist) verheiraten will. Da paßert

ihm ein Platz in der Presseabteilung des Völkerbundsekretariats bestimmt sei. Er fürchtete wohl, daß er des Preises langjähriger Mühen in Genf durch andere Berliner Vorschläge verlustig gehen könne, und begann wilde Gerüchte um sich zu schleudern, die bei Herrn Krieg auf fruchtbaren Boden fielen. Damit Herr Beer sein Genfer Sekretariatsplatz nicht vor der Nase weggeschmüpft würde, mußte eine kunstvolle Lügenhecke gegen die Linksparteien entfestelt werden!

Die Sache paßt ausgezeichnet in die heutigen deutschnationalen „Reinigungs“-Standale hinein. —

Professuren für Arbeitsrecht.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Gewerkschaftsring haben folgende Eingabe an die zuständigen Ministerien des Reiches und der Länder gerichtet:

Der gegenwärtig bestehende Zustand der arbeitsrechtlichen Ausbildung auf den deutschen Universitäten ist untragbar geworden. Durch die umfangreiche gesetzgeberische Tätigkeit auf dem Gebiet der Regelung der Arbeitsbedingungen, des Arbeitsschutzes, der Arbeitsverwaltung, der Arbeitsgerichtsbarkeit, der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge ist das Arbeitsrecht zu einem eignen sehr erheblichen selbständigen Rechtsgebiet erwachsen. Die Vertiefung der arbeitsrechtlichen Forschung und die völlig veränderte Stellung der Arbeitskraft im Rahmen des sozialen Ganzen haben ferner das Arbeitsrecht zu einer selbständigen Disziplin gemacht, die entsprechend dem Wandel der sozialen Struktur in ständiger Entwicklung begriffen ist. Demgegenüber steht die Tatsache, daß mit verschwindenden Ausnahmen in den deutschen Universitäten keine Einrichtungen vorhanden sind, die den zukünftigen Praktikern des Arbeitsrechts eine wissenschaftliche Vorbereitung für ihren Beruf ermöglichen. Weder der künftige Richter, noch der in der Arbeitsverwaltung oder in der Sozialversicherung tätige Beamte, noch die aus den Kreisen der Wirtschaft zukünftig mit diesen Gebieten zu befassenden Personen können gegenüber an den deutschen Universitäten die Ausbildung finden, die der Bedeutung und Eigenart des Arbeitsrechts entspricht.

Erforderlich ist, daß an den hierfür geeigneten größten Universitäten eigne Lehrstühle für das Arbeitsrecht und seine Nebendisziplinen errichtet werden, die mit ordentlichen Professoren zu besetzen sind, wie auch, daß überall arbeitsrechtliche Seminare der Hebung in dem erwerbten Wissen dienen.

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen stellen hiermit das dringende Ersuchen, zum mindesten an folgenden Universitäten etatsmäßige Professuren, an den übrigen außerordentliche Professuren für das Arbeitsrecht und seine Hilfsdisziplinen zu errichten. Für die ordentlichen Professuren schlagen wir die Universitäten Breslau, Halle, Königsberg, Köln, Münster, Frankfurt a. M., München, Leipzig, Tübingen, Heidelberg und Gießen vor.

Wir ersuchen, dieser Anregung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und uns mitzuteilen, welche Stellung zu unseren Vorschlägen eingenommen wird und wann auf die Verwirklichung dieser dringlichen Vorschläge zu rechnen ist. Eins der wichtigsten Gebiete des praktischen Lebens kann auf die Dauer von den Universitäten nicht wie bisher fast vollkommen ausgegliedert werden.

Die Finanznot der Großstädte.

Kein objektiv Urteilender, der einigermaßen Einblick in die Finanzgebarung unserer Großstädte getan hat, wird sich mehr der Tatsache verschließen können, daß die finanzielle Lage der preussischen Großgemeinden vielfach geradezu verzweifelt ist. Trotz aller Einschränkungen, trotz aller Sparmaßnahmen ist es den großen Städten nicht mehr möglich, ihre Haushaltspläne auszugleichen; eine weitere Steigerung der kommunalen Steuern und Gebühren aber erscheint angesichts der geradezu katastrophalen Wirtschaftsverhältnisse, unter der die Städte am härtesten leiden, kaum durchführbar. Leider hat man in politischen Kreisen lange Zeit hindurch gefühllos die Meinung unterstützt, daß die großen Kommunen sich in glänzenden finanziellen Verhältnissen befinden; diese Auffassung wurde bis vor nicht zu langer Zeit sogar bei hohen und höchsten Regierungsstellen, die doch eigentlich genauer informiert sein mußten, mit einer Beharrlichkeit, die einer bessern Sache würdig gewesen wäre, vertreten, und oft genug haben die Vertreter der Städte, die in Berlin an Ministertüren anknüpften, zu ihrem Leidwesen festgestellt müssen, daß das Gerücht

aber ein Unglück. Der arme Rennfahrer wird unschuldig als „Wüstling“ 2 Minuten vor der Draufung „entlarvt“, kriegt aber schließlich, nachdem er sich auf köstliche Art gerächt hat, doch seine Güte. Wie die arme Jungfer Hunger leidet an Leib und Seele und wie der zerschlagene Geliebte sie zu sich heranlockt durch Bratendünste und schmachtende Liebeslänge des Grammaphons, wie bei dem lieben beklagenswerten Kinde die Gefühle des Magens und die — nun jagt wir der Seele durcheinander kommen, so daß sich zum Schluß kein Psychiater mehr auskennen würde, das ist einfach schön. Dazu treiben noch allerlei wilde Tiere, wie Löwen, Affen, Elefanten und Bären, ihren Anflug. Man läßt gern den „Lippenstift und Vubikop“, ein weit unter dem Durchschnitt stehendes Regiegebräu, über sich ergehen. Im Deutlich-Kalafit treibt „Charles's Lante“ ihr Unwesen. Ein Student wird von seinen Kameraden wider seinen Willen zu einer alten Jungfer gemacht und muß nun allerlei Verwicklungen ertragen und erzeugen. Der Anfang des Filmes ist langweilig, am Schluß gibt es allerlei zu lachen. Er verdient darum nicht das Zeugnis „gut“, weil er keine erhebende Wirkung durch witzige oder Kalauerbemerkungen, die als Scherz auf der Leinwand erscheinen, zu erreichen versucht und nur zum geringsten Teile mit der Handlung selbst wirkt. Er hat viel zübel Titel: das schlechteste Zeugnis für einen Film.

Außerordentlich gut ist dagegen der Trübfilm „Eine Fabel Neops“. Ein Kampf zwischen Mensch, Kacke und Käusen. et.

Stadttheater. Ein Doppelgastspiel in Verdis „Aida“: Edith Maerker in der Titelrolle und Renne Mancher als Amneris. Daß eine Nagelburgerin in ihrer Vaterstadt auftritt, um ihr zu beweisen, was man sich hat entgegen lassen, ist gerechtfertigt, zumal es sich hier um eine Leistung von hoher Qualität handelt, gesanglich wie darstellerisch. Die Stimme spricht mühelos an und bleibt auch in der höchsten Lage noch weich. Wir haben weder an der Helmi noch an der Gödri eine jugendlich dramatische von so ausgeprägtem Klangreiz gehabt. Freilich geht die Künstlerin nicht ökonomisch genug mit ihrem kostbaren Material um: schon in der Milzene zeigten sich Spuren von Ermüdung und das letzte Bild bedeutete anstatt eines Höhepunktes eine Abflachung der Leistung. Hier liegt doch wohl ein bedauerlicher Mangel der Stimmbildung vor, der sich gewiß beseitigen ließe. Wir hätten die Maerker, die in Wiesbaden verpöndelt ist, leicht und billig haben können — aber die Prophetin gilt nichts in ihrer Vaterstadt, die lieber mit schlechten auswärtigen Kräften herumexperimentiert. Was das Gastspiel der Altistin aus Berlin bedeuten sollte, blieb schleierhaft, denn für die Kint, deren Amneris uns noch in bester Erinnerung ist, brauchen wir keinen Ersatz, wohl aber hätten wir für Herrn Bjurston einen gebraucht. Wenn man unsre einheimischen Heldentende nicht mit dem Triton betraut, dann mit dem Kadames; kommt's bei dem nicht so genau darauf an? Fräulein Mancher jedenfalls hat ungewöhnlich große Mittel, aber so gut wie gar keine Schulung und keine musikalische Sicherheit (im 2. Bilde paßte sie einmal recht empfindlich). Wenn man jemand für unser Ensemble sucht — der Grund wäre nicht recht ersichtlich, nachdem wir eben erst eine wertvolle Altistin gewonnen haben — dann möge man es nicht wieder wie so oft mit einer Kassen-Anfängerin probieren. —

von dem im Gelde schwimmenden Großstädten nicht ohne Wirkung auf manche, für die Städte nachteilige Entscheidung, die in Berlin getroffen wurde, blieb.

Es sei ohne weiteres zugestanden, daß viele Großstädte, gebildet von der Scheinrothe der Inflation, manches getan haben, was allerdings sehr geeignet erschien, der irrigen Auffassung von dem im Gelde schwimmenden Großstädten recht zu geben. Wer in dem vergangenen Jahre die rheinischen Jahrtausendfeier miterlebt hat, wer ferner den durch nichts gerechtfertigten Optimismus vieler deutscher Großstädte, die sich an Aufgaben heranwagten, die ihre finanziellen Kräfte sehr überstiegen, bewachten, konnte, der muß ohne weiteres erklären finden, wenn mit den Dingen weniger Vertrauen das von interessierter Seite geflüstert und einig weiterkollaborierte Märchen von den wohlhabenden Städten für bare Münze nahmen. Sehr bald folgte indes dem kühnen, roselornen Optimismus vieler Oberbürgermeister die Ernüchterung. Und als dann die kommunale Steuerdrücke kräftig angekurbelt wurde, um die gestiegenen Ausgaben durch erhöhte Einnahmen wieder wettzumachen, erschienen plötzlich die Internehmersyndizi auf dem Plan und weiterten, anscheinend auf eine besondere Anweisung irgenneiner Zentrale hin, über die „maßlose Verschwendungssucht“ der Städte, die die Wirtschaft zum Erliegen bringen werde. Und leider fand auch dieses zweite Märchen in Berlin willige Ohren. Die Steueranteile der Gemeinden wurden mehr und mehr reduziert, die Großstädte wurden immer stärker zugunsten des platten Landes bei den Ueberweisungen benachteiligt und heute, wo die meisten Großstädte dicht vor den neuen Haushaltsberatungen stehen, zeigt sich der ganze Charakter einer derartigen Politik: Heberall Millionen-Defizite, die man unmöglich durch weitere Belastungen der Bürgerschaft in Form von Gebühren- und Tarifserhöhungen oder Realsteuer-Erhöhungen ausgleichen kann.

Wer den Finanznöten der Städte auf den Grund geht, der findet in allen Großgemeinden die gleiche Ursache: Ueberereingänge an Ueberweisungssteuern, und starke Ueberforderungen der Wohlfahrtsausgaben sitzen in der Hauptsache, ja in vielen Fällen fast ausschließlich, die alleinige Ursache der Millionen-Defizite. Systematisch sind die Steuerüberweisungen an die Großstädte in den letzten Jahren gestrichelt worden, so daß die Erbitterung, die über eine derartige großstädtfeindliche Politik der in Frage kommenden Ministerien durchaus gerechtfertigt erscheint. Um nur ein Beispiel hier anzuführen:

Die Einkommen- und Körperschaftsteuer wird infolge der Herabminderung des Anteils der Länder und Gemeinden von 30 auf 75 Prozent und infolge der Ausdehnung der preussischen Ausgleichsbestrebungen auch auf diese Steuer in Köln allein nur noch ein Betrag von 12,1 Millionen Mark jährlich erbringen. Was das für Köln bedeutet, geht aus folgender Uebersicht hervor: Für das Rechnungsjahr 1926 wird die Einkommensteuer, die vor dem Kriege das Rückgrat aller gemeindlichen Finanzpolitik war, nur noch 18 Prozent des Gesamtumschlags bedeuten, gegenüber immer noch mehr als 20 Prozent im Rechnungsjahre 1925, gegenüber über 50 Prozent im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre und gegenüber mehr als 70 Prozent im Rechnungsjahre 1919, dem letzten Jahre der gemeindlichen Einkommensteuerzuschläge! Schon diese wenigen Zahlen lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, wo nach wie vor die Hauptursache für die allgemeine und trotz äußerster Anspannung der eignen Steuern, insbesondere der Realsteuern, immer noch anwachsende Finanznot vieler Gemeinden zu suchen ist.

Auch aus Düsseldorf, das ebenfalls in diesen Tagen seinen Haushaltsplan der Stadtverordneten-Versammlung vorlegt, kommen alarmierende Zahlen, die die Finanznot dieser Großstadt treffend darlegen. Die Stadt hat aus den Ueberweisungen aus den Reichsteuern 4,65 Millionen Mark weniger erhalten, als zu Beginn des Verwaltungsjahres nach den damals geltenden Sätzen eingeseht wurden, so daß auch hier die Auswirkungen der ungünstigen Wirtschaftslage durch den Finanzausgleich noch erheblich verschärft werden. Auf der anderen Seite aber betragen in Düsseldorf die Ausgaben für die Ergänzung der Erwerbslosenfürsorge und die Wohlfahrtspflege rund 13,2 Millionen Mark gegen 7 Millionen Mark im Voranschlag!

Es ist ohne weiteres klar, daß einer derartigen verhängnisvollen Entwicklung von Reich und Staat mehr Beachtung als bisher geschenkt werden muß. Gerade die Großstädte, in denen sich heute die Masse der Erwerbslosen zusammenandrängt, verdienen eine bessere und gerechtere Berücksichtigung bei der Verteilung der Ueberweisungssteuern. Mit der immer wieder die großen Städte belastenden Ungleichheit muß endlich Schluß gemacht werden und den Großstädten muß wieder das gegeben werden, was ihnen gebührt: eine Rücküberweisung an Steuern, die einigermaßen der Gerechtigkeit der steuerlichen Leistung der Großstadtbewohner entspricht! Geht es nicht, dann werden die Großstädte gezwungen sein, besonders auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, einen Abbau von Aufgaben erfolgen zu lassen, deren besonders sorgsame Pflege gerade in der Großstadt bisher als eine Lebensnotwendigkeit angesehen wurde. Ob dieser Abbau aber durchzuführen ist, ohne daß die Großstädte mit ihren hunderttausenden Arbeitslosen wieder Herde sozialer Katastrophen werden, die die deutsche Wirtschaft erneut aufs empfindlichste schädigen müssen, haben jene zu entscheiden, die für das Finanzgeld der großen Kommunen die Verantwortung tragen. —

Gegen Bethlen.

Die ungarische Parlamentsopposition verlangt jetzt in einem einmütig gefaßten Beschluß von der Regierung die restlose Aufdeckung der Wahrheit über die Frankfälschungen. In einem Manifest heißt es, sie müsse vor aller Oeffentlichkeit ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß die Regierung Bethlen ein Hindernis für die Aufdeckung dieser Wahrheit sei, da unter Führung des Polizeiministers ein staatliches Institut die Frankfälschungen besorge und die staatliche Postpartasse dafür einen Kredit von 400 Millionen Kronen bewilligte.

In der Freitagssitzung der Nationalversammlung machte Nefras im Namen der sozialdemokratischen Fraktion einen neuen Vorstoß gegen die Regierung. Der Geist, der zu den Frankfälschungen geführt habe, sei entstanden und zu verstehen aus den Worten und Verbrechen des Horthy-Systems.

In der ungarischen Presse wird tatsächlich die Aenderung der Regierung besprochen. Allerdings handelt es sich nach der Wiener „Arbeiterzeitung“ darum, einen Regierungswechsel ohne Systemwechsel zu erreichen.

Der Druck der französischen Regierung, die mit den ungarischen Vertuschungsversuchen in der Frankfälscherangelegenheit sehr unzufrieden war, hat bewirkt, daß die Leitung der Untersuchung jetzt in die Hände der Polizei gelegt worden ist, die mit der französischen Polizei ohne weiteres zusammen arbeiten kann. Das ist natürlich keine Garantie für einen bessern Erfolg der französischen Kriminalisten, denn was man vertuschen will, wird man auch so vertuschen können. Einige Kleinere werden vielleicht fallen gelassen. —

Notizen.

Die Kosten des Reichstags. Der Ausschuß für den Reichshaushalt erledigte in seiner Sonnabendtagung neben einigen kleineren Etats (Rechnungshof, Reichsaudit) auch den Haushalt des Reichstags selbst. Die Gesamtkosten des Reichstags sind für 1926 beantragt auf rund 6½ Millionen gegen 7,4 Millionen Mark im Jahre 1925. An Personal sind erforderlich 111 Beamte, 19 beamtete und 191 nicht beamtete Hilfskräfte. Die Auswandsentschädigungen an die Mitglieder des Reichstags betragen 3½ Millionen. Für die Herstellung der umfangreichen Reichstagsdruckfachen einschließlich der zugehörigen Buchbinderarbeiten sowie der Beschaffung von Zeitungen und Druckschriften werden 300 000 Mark, für die Bücherei 75 000 Mark, für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Dienstgebäude 255 000 Mark angefordert. —

Gegen die Fürstenabfindung. Am Sonntag fand in Königsberg eine Kundgebung des Reichsbanners gegen die Fürstenabfindung statt. Lange vor Beginn der Versammlung war der Hofraum des Stadthallenbaues überfüllt, so daß er polizeilich geschlossen werden mußte. Ein weiterer großer Saal der Stadthalle und der große Saal des Gewerkschaftshauses konnten die vielen Tausende, die Einlaß begehrten, nicht mehr aufnehmen. Hunderte mußten umfassen. Als Redner waren der Abgeordnete Scheidemann und Handelsminister Siezind gewonnen worden. —

Gegen die Fürsten. Der Kommunallandtag für den Regierungsbezirk Wiesbaden nahm am Sonnabend zur Fürstenabfindung einen sozialdemokratischen Antrag an, der mit Entrüstung Kenntnis nimmt von den Forderungen der ehemaligen Fürsten, die in ihrer Höhe unerträglich seien, und die Absicht begrüßt, durch einen Volksentscheid die notwendige Rechtsgrundlage für die entschädigungslose Enteignung zu schaffen. —

„Kaiser-Wilhelm-Kanal“. Der Haushaltsausschuß des Reichstags lehnte am Sonnabend einen Antrag, den Kaiser-Wilhelm-Kanal künftig Nordostkanal zu nennen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ab. Es wurden 1,5 Millionen Mark für Verbesserungen am Kanal bewilligt. —

Düsterberg verurteilt. Vor dem erweiterten Schöffengericht in Halle fand der Beleidigungsprozeß gegen den Stahlhelmführer Düsterberg statt, den der sozialdemokratische Regierungspräsident Gröhner (Merseburg) angezettelt hatte, da Grüner in einem Beschwerdebotelegamm, das Düsterberg im Anschluß an das Todesurteil des Regierungspräsidenten an den Reichsinnenminister gerichtet hatte, eine Beleidigung erblickt hatte. Nach achttündiger Verhandlung wurde Düsterberg, dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend, zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Man hat sich die dreihundert Mark also sauer abgekauft. —

Die Aussprache zwischen Chamberlain und Briand. Die Pariser Presse bestätigt, daß in der Aussprache zwischen Briand und Chamberlain eine Reduktion der alliierten Truppen im Rheinland um 15 000 Mann in Aussicht genommen worden ist. Dadurch wird die Stärke der Besatzungsarmee auf 60 000 vermindert. Ein offizieller Beschluß darüber liegt allerdings noch nicht vor, da die beiden Minister ihre endgültige Entscheidung von der Zustimmung der zuständigen militärischen Dienststellen abhängig machen. Auf jeden Fall soll die Zurückziehung der Truppen erst erfolgen, wenn Deutschland die Erfüllung der letzten auf dem Gebiete der Abrüstung gemachten Auflagen mit seinen der Vorkonferenz gegebene Versprechungen in Einklang gebracht hat. —

Bergarbeiterstreik in Frankreich? Der Gewerkschaftsverband der französischen Bergleute hat beschlossen, sofort über einen Generalstreik durch die Mitglieder entscheiden zu lassen, falls die Lohnforderungen der Bergleute nicht bis zum 31. Januar erfüllt seien. Da bisher nur die Forderungen der nördlichen Bezirke die geforderte Lohnhöhe bewilligt haben, hat der Gewerkschaftsvorstand die Bezirksverbände beauftragt, die beschlossene Abstimmung über den Generalstreik in die Wege zu leiten. Man glaubt, daß die Regierung einen neuen Vermittlungsversuch machen wird. —

Fasziendemonstration gegen Deutschland. Nach einer antideutschen Kundgebung der sächsischen Studenten in Rom veranstalteten auch die Studenten in Genua eine Kundgebung gegen das deutsche Konsulat. Sie versuchten in das Konsulat einzudringen, wurden aber von einer Truppenabteilung zurückgedrängt. Die Demonstranten zerstreuten sich dann, ohne daß es zu weiteren Zwischenfällen gekommen wäre. Die Fasziisten werden reichlich frech. Sie scheinen zu übersehen, daß man mindestens ebenso deutliche Kundgebungen auch in Deutschland ohne viele Mühe machen kann. Die daraus entstehenden Verhältnisse dürften dann nicht gerade zugunsten der Fasziisten wirken. —

Wieder ein deutschnationaler Betrüger. Der Sekretär der Pforzheimer Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei, „Schriftsteller“ Alfred Stiepelmann, wurde von der Kriminalpolizei verhaftet, weil er im dringenden Verdacht steht, eine Anzahl Betrügereien, Unterschlagungen und Rechnungs-fälschungen begangen zu haben. Auch die Deutschnationale Volkspartei gehört zu den Geschädigten. Stiepelmann war einer der wichtigsten Helfer gegen die Sozialdemokratie, der sich in der Zeit des Barmer-Standals die „Reinigung des öffentlichen Lebens“ besonders angelegen sein ließ und in der Pforzheimer Ortsgruppe der Deutschnationalen eine hervorragende Rolle spielte. —

Auflösung der Liberalen Partei. Die Zersplitterung der englischen Liberalen Partei nimmt immer größeren Umfang an. 30 000 Abgeordnete beabsichtigen die Schaffung einer eigenen Gruppe. Die Gesamtpartei zählt jetzt nur noch 39 Abgeordnete.

Depeschen.

Sandesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie.

Berlin, 1. Februar. (Radio.) Am Sonnabend und Sonntag tagte in Dresden der Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie. Die Verhandlungen führten zu einem befriedigenden Ergebnis. Es wurden Beschlüsse gefaßt, die eine Klärung im Sachsenkonflikt in sich schließen. U. a. einigte man sich über die Frage der Auflösung des Landtages. —

Fortsetzung des Marokkorkrieges.

Ab. Paris, 1. Februar. Dem „Petit Parisien“ wird aus Rabat berichtet, daß das Wiederansehen der Rifangriffe auf den Wipserfolg der Mission des Abgesandten Abd el Krims, Ganning, der in Frankreich den Frieden suchte, zurückzuführen sei. Abd el Krim versuche nun noch, vor dem Frühjahr, die ihm treu gebliebenen Stämme fester an sich zu fesseln. Aus den Aussagen von Flüchtlingen gehe hervor, daß die Parteigänger Abd el Krims ihre Propaganda für die Wiederaufnahme der Kämpfe bei dem Eintritt der guten Jahreszeit verstärkt haben. Das französische Kommando seinerseits beunruhige unablässig die Gegner. —

„Alltägliches“ aus Damaskus.

Ab. London, 1. Februar. Ein verpöndet eingetroffenes Telegramm aus Damaskus vom 26. Januar besagt: Briganten überfielen am 25. Januar Imara, einen Stadtteil von Damaskus. Derartige Ueberfälle, bei denen es zu Schieberereien komme, finden täglich statt. —

Beschreibung der Abrüstungskonferenz?

Paris, 1. Februar. (Radio.) Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Drummond, der sich mehrere Tage in Paris aufgehalten hat, ist am Sonntag abend nach Genf zurückgekehrt. Nach dem „Matin“ liegt nunmehr ein offizieller, von mehreren Mitgliedern des Völkerbundes unterzeichneter Antrag auf Verschiebung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz vor.

Genickstarre.

Ab. Limburg bei Mors (Rheinprovinz), 1. Februar. In Langenbruch ist Genickstarre aufgetreten. In einer Familie ist ein jähriges Kind der Krankheit bereits erlegen. Der 6jährige Knabe derselben Familie liegt schwer darnieder. —

Dampfer in Seenot.

Ab. New York, 1. Februar. Der Passagierdampfer „Westphalia“ der Sagap ist heute nacht auf dem Atlantischen Ozean von dem in Seenot befindlichen holländischen Frachtdampfer „Alfald“ um Hilfe angegangen worden und hat seine Fahrt unterbrochen. Der Dampfer „Alfald“ war, wie verlautet, von Rotterdam nach Philadelphia bestimmt und hat eine Besatzung von 20 Mann an Bord. —

W W W W W

Weisse Weberei Waren Wochen

Vorteilhafte Kaufgelegenheit für Neuanschaffung u. Ergänzung!

Berichtigen Sie die
Finnen-Ausstellung!

Fertige Bettwäsche

Fertige Linnenbezüge mit 2 Rippen, gute Qualitäten, prima Verarbeitung, volle Breite	Rf. 13.50	11.50
Fertige Stangenleinen-Bezüge mit 2 Rippen, gute Qualitäten, beste Verarbeitung	Rf. 19.50	15.75
Fertige Damastbezüge mit 2 Rippen, gute Qualitäten, beste Verarbeitung	Rf. 24.50	18.75
Fertige Betttücher Domilas, schwerer Saar	Rf. 5.85	4.75
Paradekissen in vielen schönen Ausführungen, Langetten oder reich gefügt	Rf. 3.25	2.65
Paradekissen schöne Verarbeitung, reich gefügt	Rf. 4.25	3.90
Beberlaken mit 1 Rippe, gute Stoffe	Rf. 17.50	14.75
Beberlaken mit 1 Rippe, prima Qualitäten, mit Sticker-Einsätzen oder reich gefügt	Rf. 22.00	19.50

Frottierwäsche

Frottier-Handtücher weiß u. weißbraun, gute Qualitäten	Rf. 1.45	95
Frottier-Handtücher weiß und weiß mit braun	Rf. 2.10	1.75
Frottier-Handtücher weiß und weißbraun, schwerer Qualitäten	Rf. 2.85	2.75
Badetücher Größe 100x150, weiß und weißbraun	Rf. 6.75	5.75
Badetücher Größe 150x200, weiß und weißbraun	Rf. 12.75	10.50
Bademantel für Damen und Herren, gute Qualitäten, schöne Ausführungen	Rf. 22.50 16.50	13.75

Trikotagen

Herren-Makohemden mit Doppelbrust, prima Qualität, alle Größen	Rf. 3.65	3.65
Einsatzhemden weiß, mit farbigegetreuten Ripseinsätzen, schöne Qualitäten	Rf. 3.25	2.45
Einsatzhemden weiß, mit wundervollen Einsätzen und herrlichen Streifen	Rf. 4.25	3.90
Garnituren (Hose und Jacke) weiß Rafo	Rf. 5.90	5.90
Garnituren (Hose und Jacke) weiß Rafo, mit Laufmasche	Rf. 8.90	8.90
Herren-Jacken weiß Rafo, gute Qualitäten	Rf. 3.25	2.50
Herren-Hosen weiß, glatt Rafo oder mit Laufmasche	Rf. 4.90	3.50
Damen-Hemdchen weiß gemischt, verschiedene Ausführungen	Rf. 0.75	0.55
Damen-Hemdchen mit 1/2 Arm, weiß, kräftig oder fein gefügt, 60 und 80 cm lang	Rf. 2.90	1.95
Damen-Hemdchen weiß gemischt, viele Formen	Rf. 2.50	1.90
Damen-Untertailen kräftig gestreift, ohne Arm, 1/2 Arm und langen Arm	Rf. 1.75 1.45	1.25
Kinder-Hemdchen kräftig gestreift oder fein gemischt, Größe 60	Rf. 2.35	1.50
Seidentrikot-Schlüpfer weiß und farbig, gute Qualitäten	Rf. 5.75 4.75	3.90
Seidentrikot-Unterkleider weiß u. farbig, gute Qualitäten	Rf. 7.50 5.90	4.75
Damen-Schlupfhosen weiß und farbig, feine Qualitäten	Rf. 1.25	1.25
Reinwollene Damen-Schlupfhosen weiß und farbig	Rf. 6.00	5.50
Seidentrikot-Hemdchen weiß und farbig, reizende Ausführungen	Rf. 7.50	5.90
Herrens Ribana-Unterkleidung für Damen, Herren u. Kinder zu den neuen besonders herabgesetzten Preisen in allen Größen vorrätig!		

Wäsche

Damen-Hemden gute Stoffe, volle Ähnel mit schöner Stickerei oder Langette	Rf. 1.95 1.75	1.45
Damen-Hemden vorzügl. Stoffe, volle Ähnel, Trägerform und Paffenform, m. gut. Stic. verz.	Rf. 3.25 2.90	2.45
Damen-Hemden feinste Makotische u. Bälgebastik, vorzügl. Ausführung, m. Spitz. u. feinen Stic.	Rf. 4.90 4.50	3.90
Hemd-Hosen gute Stoffe, mit reizenden Garnituren, gute Verarbeitung	Rf. 3.75 3.40	2.90
Hemd-Hosen vorzügliche Stoffe mit schönen Stickereien, reich garniert	Rf. 6.50 5.90	4.90
Hemd-Hosen feinste Wäscheische u. Bastik, mit schönen Spitzen und feinen Stickereien	Rf. 6.50 7.50	6.75
Untertailen viele Ausführungen, mit guten Stickereien oder Spitzen	Rf. 1.90 1.25	0.75
Untertailen viele schöne Formen, aus feinen Stoffen, mit reichen Garnituren	Rf. 3.90 3.25	2.65
Garnituren (Hemd und Beinkleid) g. Stoffe, mit Stic. od. Sp. verz.	Rf. 7.50 6.75	4.50
Beinkleider gute Stoffe, mit schönen Stickereien	Rf. 2.25 1.90	1.45
Nachthemden gute Stoffe, mit Stickerei, gute Verarbeitung	Rf. 3.90 3.50	2.90
Nachthemden vorzügliche Stoffe, auch Batist, mit feinen Stickereien oder Spitzen	Rf. 6.50 5.40	4.75
Prinzebrücke feine Stoffe, mit schön Stickereien	Rf. 5.90 4.25	3.25
Prinzebrücke feine Stoffe und Batist, mit Spitzen oder feinen Stickereien	Rf. 8.75 7.50	6.75
Morgenjacken reizende Formen, sehr elegant	Rf. 7.50 5.75	3.90
Herren-Nachthemden vorzügliche Stoffe, beste Verarbeitung	Rf. 7.50 5.90	3.90

Korsetts

Büstenhalter aus Wäschestoff, mit Spitze oder Langette, Vorder- und Rückenstich	Rf. 1.35	95
Forma-Büstenhalter Wäschestoff oder Trikot, feines Gewebe	Rf. 2.90 2.75	2.20
Plastika-Büstenhalter Wäschestoff oder Trikot, feines Gewebe	Rf. 3.75 2.45	1.75
Hautana-Büstenhalter Trikot, verschiedene Formen	Rf. 4.90 3.40	2.75
Ski-Büstenhalter die sehr beliebte Marke für stärkere Damen und die Qualität-Verk. Eff. in guter Ausführung	Rf. 4.65	2.10
Strumpfhalter-Gürtel in vielen Ausführungen	Rf. 2.90 1.65	95
Hüfthalter in guten Ausführungen, neueste Formen, mit Strumpfhalter	Rf. 4.75 3.75	2.50
Hüfthalter ohne Rückenschürung, mit Gummi und 4 Strumpfhalter, sehr gute Ausführungen	Rf. 9.75 7.50	5.50

Webereiwaren Br

Weg 58-60

Fiegfried Gohn

Provinziallandtag.

In der dritten Sitzung am Freitag nachmittags erfolgte die Abstimmung über die Maßnahmen in der Erwerbslosenfürsorge. Die Vorlage des Provinzialausschusses, die Vorwegbewilligung der für 1926 vorgesehenen Posten zu genehmigen, findet Annahme. Die kommunalistischen Anträge auf Weisungen werden abgelehnt. Für einzelne Abschnitte, Aufhebung der §§ 9 und 18 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung, Wegfall der Bedürftigkeitsfrage stimmen auch unsere Genossen. Die meisten Anträge verfallen trotzdem der Ablehnung, angenommen wird lediglich der Antrag auf Aufhebung der Bedürftigkeitsfrage.

Der sozialdemokratische Antrag, auf die Staatsregierung einzuwirken, den vollen Betrag der Hauszinssteuer zum Wohnungsbau zu verwenden, findet Annahme. Der Antrag der Wirtschaftspartei, nur dem Baugewerbe bzw. dem Handwerk die Mittel der Hauszinssteuer zur Verfügung zu stellen, also die gemeinnützige Bautätigkeit auszuschließen, wird abgelehnt.

Fürsorgemittel für Kriegsoffer.

Der Antrag der Kommunisten bezüglich der Kriegsofferfürsorge findet bei Unterstützung durch unsere Genossen in den Abschnitten a bis g Annahme. Damit werden 200 000 Mark in den neuen Etat der Provinz für die Kriegsofferfürsorge eingestellt zur Durchführung folgender Aufgaben:

- a) Heilfürsorge für nicht versicherte Kriegsbeschädigte, soweit es sich nicht um das Versorgungsgeleit handelt.
b) Erholungsfürsorge für Schwerbeschädigte.
c) Heilfürsorge nicht versicherter Kriegshinterbliebener (§ 23 RWG.) einschließlich der Kriegswaisen und Pflegepersonen, der Pflegezulagenempfänger.
d) Berufsfürsorge für Schwerbeschädigte (§ 21 RWG.).
e) Berufsfürsorge für Kriegswaisen.
f) Sonstige besondere kostspielige Fürsorgemaßnahmen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.
g) Erhöhung des Fonds für Darlehen.

Zur Ueberwachung der Verwendung der bewilligten Gelder wird ein Fürsorgeausschuß eingesetzt.

Der große sozialdemokratische Antrag zur Bekämpfung der Erwerbslosennot, den wir in Nr. 26 der „Volksstimme“ im Wortlaut veröffentlicht haben, und der vor allem praktische Vorschläge enthält, findet Annahme.

Außerdem findet ein Antrag der Fraktion der Mitte (Demokraten und Zentrum) Annahme, nach dem zur Milderung außerordentlicher Notstände, insbesondere solcher, die durch die Erwerbslosigkeit entstanden sind, die Provinzialverwaltung 20 Prozent der für das laufende Vierteljahr zu entrichtenden Provinzialsteuer den Bezirksfürsorgeverbänden zur Verfügung gestellt werden.

Die Wahlen zum Stantkrat.

Sozialdemokraten und Partei der Mitte haben dazu einen gemeinsamen Wahlvorschlag eingereicht unter dem Namen Weims. Für die Kommunisten führt der Abgeordnete Koenen den Vorschlag. An der Spitze des Rechtsblocks steht Freiherr v. Wilmowski, der ältere.

Es wurden gewählt vom Block der Rechten: Landeshauptmann Freiherr v. Wilmowski (Marienthal, dt.-natl.), Oberbürgermeister Dr. Rixe (Halle, dt.-natl.), Kaufmann Gruson (Magdeburg, dt. Sp.)

Vom republikanischen Block: Oberbürgermeister Weims (Magdeburg, Sozialdemokrat), Geschäftsführer Willi Scholz (Erfurt, Sozialdemokrat), Gymnasialdirektor Trittel (Morbhausen, Demokrat).

Der neue Provinzialausschuß.

Wahlvorschläge zum Provinzialausschuß sind eingereicht von den Sozialdemokraten und der Fraktion der Mitte gemeinsam, dann von den Rechtsparteien, den Völkischen und den Kommunisten. Auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen an Stimmen: Liste Weims (Republikanischer Block) 2, Liste Rixe (Reaktionärsblock) 6, Liste Holzweilig (Kommunisten) 2, Liste von Kalben (völkisch) 1.

Der neue Provinzialausschuß besteht nun aus folgenden Mitgliedern: Oberbürgermeister Weims (Magdeburg, Soz.), Oberbürgermeister Weber (Halberstadt, Soz.), Redakteur Rapparel (Halle, Soz.), Oberbürgermeister Pöfller (Zeitz, Soz.), Landrat Dr. von Krause (Querfurt, Dem.), Oekonomierat Lorenz (Weismar, Zentr.), ferner aus den Rechtsparteien Oberbürgermeister Dr. Rixe (Halle), Rechtsanwält Dr. Fehle (Magdeburg), Landrat a. D. von Engelbrechten-Flow (Lützen), Buchdruckereibesitzer Carlsson (Halle), Landwirt Mörner (Miedungen), den beiden Kommunisten Holzweilig (Torgau) und Unger (Magdeburg) sowie dem völkischen Gutsherrn von Kalben (Wienau).

Zum Vorsitzenden des Provinzialausschusses wird gewählt Oberbürgermeister Genosse Weber (Halberstadt) mit 61 Stimmen, auf den deutschen Nationalen Oberbürgermeister Dr. Rixe entfallen 50 Stimmen. Mit 57 Stimmen wird dann Oberbürgermeister Rixe zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt; auf den Kommunisten Holzweilig entfielen 52 Stimmen. Den Ausschlag gaben die Demokraten, die erklärten, daß nach ihrer Auffassung der Stellvertreter der zweitstärksten Fraktion gebühre.

Die Schlußsitzung am Sonnabend verlief sehr ruhig. Eine

Maßnahme zur Linderung der Wohnungsnot

stellt die Vorlage des Provinzialausschusses über die Gründung einer Stadtchaft für die Provinz dar. Berichterstatter ist Oberbürgermeister Dr. Rixe, der darauf hinweist, daß aus der Hauszinssteuer trotz vorhandener Gelder nicht genügend Mittel für den Baumarkt zur Bekämpfung der Wohnungsnot zur Verfügung stehen. Die Spartassen befinden sich erst im Aufbau. Wie früher schon Wandchaften diesen Bestrebungen Erfolg verschafften, sollen heute sogenannte Stadtchaften erste Stufen auf städtischen Grundbesitz auf gemeinnützigem Wege beschaffen. Die Stadtchaften sind zusammengeschlossen in einer Zentralstadtchaft mit dem Sitz in Berlin. Diese Zentrale hat ihren Hypothekenbestand von 4,8 Millionen auf 29 Millionen Reichsmark erhöht. Der Referent bespricht die vom Provinzialausschuß in einigen nicht unwesentlichen Punkten im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung geänderten Fassung. Er empfiehlt dem Landtag die Annahme der Vorlage.

Gegen diese spricht für die Kommunisten Abg. Koenen, der eine Vertagung verlangt. Es kennzeichnet die Einstellung der Kommunisten, die den Schrei nach Brot und Arbeit für Erwerbslose nicht laut genug ertönen lassen können, sich aber gegen solche Vorlage, die gemeinnützigem Charakter trägt, wenden. Die Gründung einer Stadtchaft der Provinz wird gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen.

In den Verwaltungsrat der Landesfeuerzweigstelle wird als Vertreter der Bauernbündler Abg. Swers (dt. Sp.) gewählt. Es folgte die Wahl der Abgeordneten zur Mitwirkung bei den Geschäften der Rentenbank. Zum Vertreter der Provinz wurde Abg. Sähnjen (S. P. D.) gewählt.

Der Gewährung eines Darlehens von 100 000 Mark an die Pfeifferschen Anstalten, die Abg. Rapparel als Berichterstatter des Haushaltsausschusses beantragte, wurde zugestimmt. Von einem kommunistischen Redner wurde nicht ganz mit Recht gefordert, daß der Provinzialverwaltung ein weit höherer Einfluß auf die Geschäftsführung in den genannten Anstalten eingeräumt werden müßte, wenn an die solche Darlehensforderungen gestellt würden.

Die Arbeitszeit in den Heilanstalten.

Nach Ablehnung eines weitergehenden Antrags hatte der vorige Provinziallandtag beschlossen, daß auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Arbeitszeit in den Krankenpflegeanstalten, vom 13. Februar 1925 die Arbeitszeit in den Heilanstalten einschließlich des Bereitschaftsdienstes oder der Dienstbereitschaft 60 Stunden in der Woche nicht überschreiten darf. Das Schlafen in Nebenräumen der Krankenfälle ist als Bereitschaftsdienst anzusehen. Anstatt nun wenigstens diesen Beschluß durchzuführen, beschloß der Provinzialausschuß noch eine weitere Verschlechterung. Er nahm gegen die Stimmen der sieben Sozialdemokraten einen Antrag an, der folgendermaßen lautet: „Die Arbeitszeit des Pflegepersonals in den Landesheilanstalten in Gemäßheit des Ministerialerlasses vom 10. Juli 1924 auf 60 Stunden neben einmaliger Bereitschaft (10 Stunden Schlafen neben den Krankenträumen) in der Woche festzusetzen und anzuordnen, daß auch die Handwerker, welche regelmäßig Kranke beschäftigen und als Pfleger ausgebildet sind, einmal in der Woche zur Bereitschaft (10 Stunden Schlafen neben den Krankenträumen) herangezogen werden können.“

Dieser Beschluß verstoßt nach Auffassung unserer Fraktion gegen die gesetzlichen Bestimmungen und sie unternahm einen energischen Vorstoß gegen ihn durch Einbringung eines entsprechenden Antrags. Nach eingehender Erörterung kam der Ausschuß für Beamten- und Angestelltenfragen zu folgendem Beschluß:

Der 40. Landtag der Provinz Sachsen legt den Beschluß des Provinzialausschusses vom 27. Januar 1926 betr. die Arbeitszeit des Pflegepersonals in den Landesheilanstalten aus. Der Provinzialausschuß wird ersucht, dem nächsten Landtag eine Vorlage über die Regelung der Arbeitszeit vorzulegen. Sämtliche dem 40. Landtag vorliegenden diesbezüglichen Anträge werden dem Provinzialausschuß als Material überwiesen. Zur Information über die Arbeitsverhältnisse wird ein aus vier Personen bestehender Ausschuß gebildet.

Gewählt werden die Hgg. Voges, Leue, Diekmann (S. P. D.) und Hirsemann (S. P. D.). Ohne Debatte erklärte sich der Landtag mit dieser vorläufigen Regelung einverstanden. Der Beschluß erfolgte einstimmig.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die Tätigkeit der dreitägigen Landtagsagung würdigt der Präsident Genosse Weims und richtet das dringende Ersuchen an die Reichs- und Staatsstellen, der Arbeit der hiesigen Selbstverwaltungsstellen endlich wieder die Anerkennung zukommen zu lassen, die ihr gebührt. Ohne die hingebungsvolle Arbeit in den Gemeinden kann ein Staatswesen nicht existieren. Die vom ganzen Hause mit allgemeiner Zustimmung aufgenommenen Ausführungen werden hoffentlich bei der Staatsregierung Beachtung finden. Als der Oberpräsident Genosse Göring zur üblichen Schließung des Landtags eintritt, verließen die 18 Kommunisten, diesmal ziemlich geräuschlos, den Saal. Nur ein einziges schichternes „Rot Front!“ durchhallte den Raum.

Der Provinzialausschuß trat unmittelbar nach Schluß der Landtagsitzung unter dem Vorsitz seines neuen Vorsitzenden, Genossen Weber (Halberstadt), zusammen. Nach Verpfändung der neu in das Amt eintretenden Mitglieder erfolgte die Wahl der vom Provinzialausschuß zu wählenden Kommissionen. Die Weiterbesetzung der Geheimen Regierungsräte Mühe und Henne wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und der beiden Kommunisten beschlossen. Es wurde beschlossen, den nächsten ordentlichen Landtag zur Genehmigung des Haushaltsplans zum 16. März einzuberufen.

Nachrichten aus der Provinz.

Auto und Landstraßen.

Von einem parteigenössigen Landrat wird uns folgende Darstellung der Pressestelle des Deutschen Landkreistags zur Veröffentlichung übermitteln:

Die Not der Landstraßen, die durch den Automobilverkehr in kurzer Zeit in Grund und Boden gefahren sein werden, wird wegen der Novelle zum Kraftfahrzeugsteuergesetz in nächster Zeit den Reichstag beschäftigen. Insbesondere ist es der rapide Uebergang der Lastenbeförderung vom Schienenweg auf die Landstraßen, der die große Frage dringlich macht, wer denn für die Dauer die gewaltig gestiegenen Kosten für die Erhaltung der Landstraßen bezahlen soll. Was nützen alle Fortschritte des Automobilwesens, wenn für die Grundlage, die Fahrbahn, nicht gesorgt wird!

Die gewöhnlichen Schotterstraßen in einer Gesamtlänge von 144 000 Kilometer, das heißt dem mehr als dreifachen Umfang, genügen für den Automobilverkehr nicht mehr. Mit einem Aufwand von mehreren Milliarden Mark — der Kilometer kostet z. B. in Kleinstenpfaster 80 000 Mark — müssen sie allmählich umgebaut werden. Allein die laufende Unterhaltung kostet je Kilometer mindestens 2000 bis 4000 Mark jährlich. Bei 180 000 Kilometer Landstraßen in Deutschland, wobei mit 50 000 Kilometer Hauptdurchgangsstraßen gerechnet wird, sind das jährlich 460 Millionen, das heißt rund 1/2 Milliarde Mark; Die Kraftfahrzeugsteuer brachte bisher jedoch nur rund 50 Millionen Mark und die sogenannten Wege-Vorausleistungen — roh geschätzt — 15 1/2 Millionen.

Es geht nicht an, daß diese Aufwendungen im Interesse der Automobilbesitzer weiter aus dem großen Steuerlopf des Volkes bezahlt werden, geschweige denn der obenerwähnte notwendige Umbau der Straßen, der wahrscheinlich nur mit Auslandskredit möglich sein wird.

Die durch die Wegeunterhaltung am meisten Belasteten sind die Landkreise, die von den 180 000 Kilometer allein 126 000, d. h. zwei Drittel zu unterhalten haben, danach die Provinzen. Wie kommt z. B. ein Landbewohner in irgendeinem Kreis unserer Provinz dazu, mit Kreissteuern oder Provinzialsteuern den Beitrag zu bezahlen, den eine Seifenfabrik in Köln an Eisenbahntarifen dadurch erpart, daß sie die Preisfragen in der Provinz Sachsen mit ihren Lastkraftwagen bedenktlich abnutzt? Das Raubliegende wäre doch, jene Fabrik im Wege einer wirklich angemessenen Steuer heranzuziehen.

Die jetzigen Merkmale der Kraftfahrzeugsteuer, die nur von der Art des Fahrzeugs, seinem Gewicht und der — fingierten — Pferdestärke ausgeht, sind offenbar zu roh und daher unzulänglich. Eine bloße Erhöhung der Steuer, wie die Reichsregierung sie plant, ändert daran nichts. Die gefährlichen Kilometer werden, wie in den Eisenbahntarifen, irgendwie berücksichtigt werden. Sonst wirkt die Steuer ungerecht und bringt zu wenig. Obwohl die Einführung des Steuermerkmals der tatsächlichen, ungefähren Benutzung der Straßen durchaus im Interesse der Industrie selbst liegt, fräut sie sich vorläufig; zum Teil verständlich, aber auch wieder unverständlich; denn fällt die Last auf die allgemeinen Steuern, so erdrückt die Gewerbesteuer alle Betriebe! — Es bleibt eben kein anderer Ausweg: Die Transportmittel müssen, wenigstens etwa zu einem Drittel, mit den Kosten für die Erhaltung und den Ausbau der Fahrbahn belastet werden, ganz ähnlich wie es schon jetzt in anderen Ländern und bei uns — zu 100 Prozent — bei den Schienenbahnen der Fall ist.

Kreis Jerichow 1.

Siederitz. Ein Frauen-Unterhaltungsabend findet heute (Montag) abend 8 Uhr in der „Reintraube“ statt.

Stadtkreis Burg.

Verpuffte Aktion. Die kleine kommunistische Gruppe in Burg hat sich in der letzten Zeit dem überschwenglichen Glauben hingegeben, daß die Massen der arbeitenden Bevölkerung hinter ihnen stehen. Aus dieser Illusion glaubten sie auch gegenüber der Sozialdemokratie diktorisch auftreten zu können, um sie zu einer Demonstration zu zwingen. Wie wir schon mitteilten, ist nun der Volkskampf gegen die Fürsten zu ernst, um ihn durch nutzlose und verfrühte Aktionen zu gefährden. Aber die S. P. D. ist nun einmal unbelehrbar und veranfaßte auf eigne Faust eine Kundgebung auf dem Paradeplatz, die natürlich eine große Pleite wurde. Mit den Neugierigen waren etwa 300 Menschen da. Unsere Anhänger fordern wir auf, sich von den Kommunisten nicht an das Gängelband nehmen zu lassen. Genossen, haltet euch bereit, um in dem Augenblick, wenn die Partei gegen die Machenschaften der Fürsten aufruft, eure ganze Kraft in den Dienst der Sache zu stellen. Die Aktionen, die wir unternehmen, müssen Massenaktionen werden. Nicht der egoistische Parteistandpunkt soll dabei unser Leitstern sein, sondern das Wohl der Allgemeinheit.

Samariterdienst. Am Sonnabend abend 10 Uhr wurde die Arbeiter-Samariter-Kolonie nach dem Bahnhof gerufen, um einem Reisenden, der sich auf der Reise einen Bruch des linken Unterarmes zugezogen hatte, nach dem Krankenhaus zu befördern.

Schlägerei. Am Sonntag morgen nach 5 Uhr wurde die Polizeiwache alarmiert und nach dem Bahnhof gerufen, wo eine Schlägerei im Gange war, die mit Messern und Schußwaffen ausgetragen wurde. Polizei und Samariter waren schnell zur Stelle und fanden den Händler Paul Sch., von zwei schweren Messern verwundet, vor. Dr. Faß legte sofort einen Notverband an und die Samariter schafften den Verwundeten ins Krankenhaus. Mehrere Personen wurden wegen der Schlägerei festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt. Bei zwei der Verhafteten wurden noch Gesichtswunden an durchdringende Ohrmuscheln festgestellt. Genosse Ibe von den Samaritern legte ihnen auf der Wache Verbände an.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Barleben. Lichtbildervortrag. Das Reichsbanner veranstaltete am Freitag den 5. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus eine große öffentliche Versammlung, in der Kamerad Pape (Magdeburg) über „Krieg dem Kriege“ sprechen wird. In Lichtbildern werden Originalaufnahmen aus dem Felde gezeigt. Die gesamte Einwohnerschaft wird gebeten, diese Versammlung zu besuchen. Die Frauen und die Jugend sind ganz besonders eingeladen.

Beendorf. Dem gehört das Fahrrad? Ein auswärtiger Kule verkaufte bei dem Fahrradhändler Behrends hier ein neues Rad für 20 Mark. Da es sich offenbar um Diebstahl handelte, wurde der Fall zur Anzeige gebracht. Der Verkäufer gab an, er habe das Rad am 6. Januar auf dem Wege von Groß-Bartenleben nach Gardelegen gefunden. Die Maschine hat schwarzen Rahmen, gelbe Felgen, Negro-Reifen, deutschen Lenker und Freilauf. Fabrikmarke und Nummer sind entfernt. Die Nummer befand sich offenbar an der Sattelstützungsstange, die gewaltsam abgebrochen ist. Oberlandjäger Richter, Fernsprecher Wolmirstedt Nr. 5, nimmt Meldungen entgegen.

Kreis Calbe.

Eisdorf. Ortsausschuß für Jugendpflege. In der Sitzung wurde folgende Verteilung des Sportplatzes für das erste Halbjahr 1926 vorgenommen: Dienstags: Arbeiterturnverein, Mittwochs und Sonntags: F.-S. Komet, Donnerstags: F.-A. Sturm, Freitags: Arbeiterfahrradverein. Ein vom Genossen Weber eingebrachter Antrag, die Gemeindevertretung zu ersuchen, alljährlich im Gemeindefest zur Förderung der Jugendpflege 300 Mark einzusetzen, wurde nach längerer Debatte gegen die Stimmen der Herren Päsler und Wendler angenommen. Eine Beschwerde über das angebliche Verhalten der Sozialistischen Arbeiterjugend bei ihren Zusammenkünften in der Schule wurde vom Genossen Weber beantwortet, der gegen solche Behauptungen Verwahrung einlegte. Die Arbeiterjugend scheint dem Herrn Päsler ein Dorn im Auge zu sein. Unser Begriff über Jugendpflege ist der, daß der Jugend Räume zur Verfügung stehen, wo sie mit Alkohol und Kneipenleben nicht in Verührung kommt. Bei einem Teile der Lehrer scheint die umgekehrte Ansicht zu bestehen. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden, Herrn Päsler, hingewiesen auf die Jugendbuchwoche, die als Werbung für das gute Buch Ende März veranstaltet werden soll, und auf die gemeindebücherei, aus der Bücher für 5 Pf. Leihgebühr pro Woche im Gemeindebureau an die Einwohner verliehen werden. — Lichtbildervortrag. Am Montag den 8. Februar, findet im großen Saale der Frau Runge ein Lichtbildervortrag mit dem Thema „Krieg dem Kriege! statt! Redner ist der Gaujugendleiter Pape vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die gesamte Einwohnerschaft, auch die Gegner, sind herzlich eingeladen.

Schönebeck. Achtung, Parteifunktionäre sämtlicher Bezirke! Am Donnerstags abend 8 Uhr bei Thiele („Feldschloßchen“), Bahnhofstraße, große Funktionärsitzung, welche sich mit den Vorarbeiten zum Volksbegehren gegen die Fünftensabfindung beschäftigen wird. Funktionäre, haltet den Donnerstagsabend frei! Alle müssen zur Stelle sein. — Die roten Sänger. Nach Mitteilung des Vorstandes der Partei kommen am Freitag den 12. März Hoffmanns Sänger nach Schönebeck. Sämtliche Vorstände, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre müssen sich diese Veranstaltung merken, damit an diesem Tage keine andere Veranstaltung festgelegt wird.

Schönebeck. Eine große Kundgebung des Reichsbanners fand am Sonnabend abend in familiären Räumen des „Stadtparls“ statt, die viel zu klein waren, um die Massen fassen zu können. Hunderte mußten umkehren, weil kein Unterkommen mehr möglich war. Solche Aufmerksamkeit hat Schönebeck wohl noch nicht gesehen, wie sie vom Reichsbanner veranstaltet war. Die kommunistische „Tribüne“ hat vor einigen Tagen das Ende des Reichsbanners in Schönebeck prophezeit. Sie sieht ja nicht die riesige Anhängererschaft des Reichsbanners und weiß nicht, daß der rote Frontkämpferbund in Schönebeck von der Arbeiterchaft kaum beachtet wird. — Einem Schlaganfall erliegen im Sonnabend nachmittags auf der Elbbrücke bei einem Spaziergang der Volksschullehrer Blumental. Der Tod dieses Lehrers wird bis weit in die Arbeiterkreise hinein bedauert. Dieser Lehrer war ein eifriger Förderer des lebensdienlichen Unterrichts. Auch im Lehrerkollegium erfreute sich der Verstorbenen ebenfalls großes Vertrauen und allgemeiner Beliebtheit. — Die Sprechstunden des Mietervereins finden (Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Die deutliche Gastlichkeit

hat von jeher zu den schönsten Eigenschaften deutschen Familienlebens gehört. Bei den heutigen schweren Wirtschaftskrisen gründlich den Kopf über die Frage zerschneiden, was sie ihren lieben Gästen tun können soll. Man ist ja heute bei weitem nicht mehr so äppig auf wie früher. Einfacher ist alles geworden; aber schlechter darf es nicht geworden sein. Eine der größten Ausgaben ist sowohl für das Gebäck als auch beim Kochen und Braten die teure Butter. Da ist es ein Glück für Haushalt und Gäste, wenn die Hausfrau einstufig genug ist, sie durch „Magma Margarine buttergleich“ zu ersetzen. Uns Milch und edlen Speisefetten hergestellt, kommt „Magma buttergleich“ an Geschmack und Nährwert der besten Molkereibutter gleich und kostet nur 50 Pf. das 1/2 Pfund.

Abrechnung mit den Deutschnationalen.

Der Preussische Landtag erledigte am Sonnabend zunächst eine Reihe kleiner Gegenstände und nahm Ausschussberichte zur Kenntnis. Abstimmung wurde verlangt bei zwei Anträgen zu den Beschlüssen des Interaktionsausschusses.

Hierauf folgte das Haus die allgemeine Aussprache zum Haushalts 1926 fort. Als

Abg. v. Nohr (dt.-nall.), der erste Redner, sich zu der Bemerkung verbeugte, das Geschick der Schwachen sei zurzeit der Kürsten besser geschützt gewesen, kommt es zu andauernden Unterbrechungen links. (Redner fortsetzend:) Denken Sie an die Klaffes heute und erinnern Sie sich andererseits des historischen Geschehens unter den Linden. Wägen Sie es (nach links), diese Erinnerungen herabzusehen, Sie werden uns auf dem Platte finden! (Lebhafte Beifall rechts, anhaltende fürmische Gegenübergebungen und Lachen links.)

Finanzminister Höpfer-Mischoff erwidert dem Vorredner: „Wenn der letzte preussische König durch ein veranwortungsbewusstes Parlament gebunden gewesen wäre, dann wäre dem deutschen Volke unendliches Leid erspart geblieben.“ (Lebhafte Beifall in der Mitte und links, Widerspruch rechts.)

Abg. Schwick (Berlin, Komm.) hält der Abwechslung halber wieder einmal eine Rede für die Diktatur des Proletariats.

Abg. Niebel (Dem.) wendet sich vor allem gegen den deutschnationalen Sprecher. Die Reparationen hätten sich ganz anders ausgewirkt, wenn man den Plänen Rathenaus gefolgt wäre. Ohne eine klare Feststellung der Reparationslasten durch das Dawes-Abkommen wäre unsere ganze Wirtschaft längst zusammengebrochen; wir wären auch nicht zu Handelsverträgen gekommen. Die Steuererhebung des deutschnationalen Ministers v. Schlieffen habe gerade die kinderreichen Familien in einer Weise belastet, daß nach seinem Rücktritt vom Reichstag schleunigst eine Milderung beschlossen werden mußte.

Abg. Heilmann (Soz.):

Ohne eine Politik der Völkerverständigung und der Befriedung Europas gibt es keinen Ausweg aus Wirtschaftsnöten und Massenelend. Die Rechte führt, wie nicht anders zu erwarten, die Wirtschaftsnöte auf die „uferlose Erfüllungspolitik“ zurück. Der Sprecher der Deutschnationalen, Herr v. d. Osten, empfahl zur Bekämpfung der Erfüllungspolitik Widerstand gegen den Westen und Orientierung nach dem Osten. Die Deutschnationalen haben entschieden Recht mit ihren außenpolitischen Orientierungsversuchen. Wenn wir uns nicht irren, gab es mal eine Zeit, da wollte Rathenau Deutschland nach dem Osten orientieren, und siehe da, ausgerechnet diesen Rathenau haben die Nordhubs der Rechtskreise umgebracht. Im übrigen verstehen wir nicht recht, wie weit sich Deutschland zurzeit noch mehr nach dem Osten orientieren soll. Was an Orientierung praktisch möglich ist, ist doch bereits da. Sowjetrußland ist eins der wenigen Länder, mit welchen wir einen Handelsvertrag abgeschlossen haben. Was soll da nun noch geschehen? Vielleicht ein Waffenbündnis, das Deutschland unter den Schutz der roten Armee stellt? Die Richtlinien unserer Außenpolitik sind uns ganz klar vorgezeichnet. Wir brauchen Verständigung, wenn wir den Wirtschaftsaufbau haben wollen. Die Deutschnationalen, die durch ihre Reichsminister im früheren Luther-Kabinett zusammen mit Stresemann

die Erfüllungspolitik mitgemacht

haben, haben kein Recht, gegen die Verständigungspolitik nach außen Anklagen zu erheben. Schließlich hat Freiherr v. d. Osten ja selbst zugegeben, daß zunächst einmal mit der Fortdauer des Versailler Vertrags und der Dawes-Regelung praktisch gerechnet werden muß. Welche andre Außenpolitik als die bisher verfolgte soll denn dann noch möglich sein?

Die Deutschnationalen spielen in der Beurteilung der Wirtschaftskrise die Besessenen. Wir möchten vor übertriebenem Besessensein warnen; denn schließlich gibt es doch nur zwei Wege, die aus der Krise herauszuführen: entweder geht man in den Bältebund, schließt Handelsverträge und schafft eine wirtschaftliche Einigung Europas, um so die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Tut man das, dann hat die bürgerlich-kapitalistische Wirtschaft einwilligen ihren Fortbestand gesichert. Oder man läßt sich in außenpolitische waghalsige Experimente und deutschnationale Phantastereien ein; dann steigt die Krise, und die Folge davon wird der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft sein. Dann werden die Herren der Situation die Kommunisten sein. Diese haben zwar erklärt, uns Sozialdemokraten sofort zu Beginn der bolschewistischen Wera aufzuhängen; aber was darüber hinaus das bolschewistische Regime noch weiter an Freuden für die Deutschnationalen bringen soll, das ist nicht recht klar. (Große Heiterkeit.) Bei der Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise steht uns jedenfalls fest: Die Krise begann, als die Deutschnationalen in die Reichsregierung eintraten, und sie erreichte

ihren Höhepunkt, als sie aus der Luther-Regierung besetzten.

Wir werden bald noch eine dritte einwandfreie Feststellung treffen dürfen: die Krise ebte ab, als die Deutschnationalen auf die Reichsregierung keinen Einfluß mehr hatten. In gewisser Hinsicht hat sich die deutschnationale Landtagsfraktion eine Art Verdienst um die Beendigung der Krise erworben; denn sie war es ja, die unter Winklers Führung so lange auf die deutschnationale Reichstagsfraktion, die beinahe für Locarno gestimmt hätte, drückte, bis die frühere Luther-Regierung zerbrach und damit der unmittelbare Einfluß der Deutschnationalen auf die Reichsgeschäfte wieder ausgeschaltet wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Für „Unsere blauen Jungens“.

Die Heldentaten des Herrn Kriegsgeschichtsrat.



Wer die Krise auf ihre Ursachen hin genau untersucht, der muß zugeben, daß unsere Warnungen im Verlauf des letzten Jahres sich bewahrheitet haben.

Die Lage der Landwirtschaft

ist ernst. Sie brauchte nicht so schlimm zu sein, wenn man auf uns gehört hätte, als wir erklärten, daß mit dem Schutzollar der Landwirtschaft nicht geholfen werden könne. Bezeichnenderweise sprach diesmal Herr v. d. Osten kein Wort von den Zöllen; er sieht jetzt die Hilfe für die Landwirtschaft in der Bereitstellung von Milliardenkrediten. Die Landwirtschaft tut gut daran, ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Kredit- und Organisationsfrage zu konzentrieren. Der bekante Einwand: was nützt uns alle Produktionssteigerung, wenn kein Absatz da ist, ist leicht beantwortet. Absatz ist da, wenn man die Kaufkraft der Massen hebt. Man hebt diese Kaufkraft aber nicht mit Zöllen. Was nicht zum Beispiel das Spiel, das die Deutschnationalen mit dem spanischen Handelsvertrag getrieben haben? Es nützt der Landwirtschaft nichts und auch nichts der Industrie. Man machte Tausende von Industriearbeitern arbeitslos und schwächte damit die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten auf dem innern Markt. (Sehr richtig! links.)

Das hemmungslose Gerede von Sparen an allen Ecken und Enden können wir nicht mitmachen. Was an sozialen Ausgaben gespart wird, muß später drei- und vierfach zur Beseitigung der Notstände und zur Bekämpfung des Verbrechens ausgegeben werden. Auch dem Gerede über die Steuerüberlastung der Wirtschaft stehen wir sehr kritisch gegenüber. Die Hauszinssteuer ist zum Beispiel gewiß eine sehr drückende Last; aber wenn man sie vermindern will, dann dürfen dabei nicht neue Renten für die Hausbesitzer geschaffen werden. Nach dem Reichsgesetz werden im April

100 Prozent der Friedensdienste

erreicht werden. Wir sind der Auffassung, daß alles, was über den den Hausbesitzern zugestandenem Satz von 56 Prozent hinausgeht, dem Staate zukommen muß.

Die Rechtsparteien klagen ferner über das Wachsen der Pensionenlast. Hier haben sie recht, denn der Pensionssatz ist zu groß. Es ist eine Schwäche der Republik, daß Beamte, die wegen verfassungswidrigen Verhaltens aus dem Amte scheiden müssen, von der Republik auch noch Pension erhalten. Sie müssen ohne Pension entlassen werden. Das spart dem Staate viel Geld. Leider sind die Aussichten auf schärfste Ausmerzung der Pension der Republik aus dem Dienste des Staates nur sehr gering. Da wurde z. B. vor kurzem ein Examen für Regierungreferendare vorgenommen und ein Referendar gefragt, was er von der Verfassung wisse. Die Antwort lautete, die Verfassung sei ein fauschlechtes und antinationales Nachwerk. Der Herr Referendar, der sich diese Antwort leistete, wurde als ungeeignet zurückgewiesen. Aber als der Regierungspräsident, der die Prüfungsfrage gestellt hatte, später einmal nach Estlin kam, fand er seinen Prüfling dort als wohlbestallten Regierungreferendar. (Hört, hört!)

Die Deutschnationalen sind entsetzt über den Leerlauf der parlamentarischen Arbeit. Wir erinnern uns an die Zeit vor einem Jahre, wo die Deutschnationalen durch eine ebenso systematische wie sinnlose Obstruktion das Arbeitstempo des Hauses unheilvoll beeinträchtigt haben. Welch herrliche Reden der Deutschnationalen und Völkischen haben wir damals mit anhören dürfen! Es wurde geredet, geredet, und jede zweite Sitzung mußte wegen Lärm abgebrochen werden. Monatelang ging das heitere Spiel weiter; keine produktive Arbeit wurde geleistet. Herr von der Osten erklärt den parlamentarischen Leerlauf jetzt damit, daß wir uns

den Kommunisten immer mehr näherten

und damit nicht mehr als staatszerhaltendes Element in Betracht kamen. Wer nähert sich wem? Abg. Schwentz von den Kommunisten hat ja eben in seiner Rede sich zu folgendem vernünftigen Satz durchgerungen:

Der Einfluß der Arbeiter steigt auch unter dem parlamentarischen System.

Wäre das schon immer die Erkenntnis der Kommunisten gewesen, wir wären heute in Preußen viel weiter. Jahrelang hieß es, das parlamentarische System sei Volksbetrug. (Unruhe bei den Kommunisten.) Unser Zusammengehen mit den Kommunisten beschränkt sich lediglich auf die Frage des Volksentscheides über die Hohenzollernabfindung. Weil sich die Hohenzollern gegen jede vernünftige Regelung sperrten, deshalb die Volksabstimmung. Die Häufigkeit der Kürsten hat die Dinge auf die Spitze getrieben. (Sehr richtig! links.)

Die Deutschnationalen reden zwar sehr viel von Ueberparlamentarismus, aber sie haben gar nicht die Absicht, den Parlamentarismus zu befeitigen; sie wollen ihn nur so herrichten, daß für ihre Interessen möglichst viel herauspringt und der Rückweg zur monarchistischen Reaktion wieder gebahnt wird. Wir stehen deshalb allen Wahlrechts- und Wahlsystem-Veränderungen mit großer Skepsis gegenüber. Eine neue Instanz über dem Parlament, welche die Deutschnationalen als durchführlichen Grundstein schaffen wollen, tötet nur die Verantwortlichkeit des Parlamentes. Hat das Parlament aber keine wirkliche Verantwortung, dann verliert auch der Wähler das Gefühl für seine Verantwortlichkeit gegenüber den Entscheidungen in der Politik. Ohne verantwortliches Parlament und ohne verantwortliche Wähler ist der neue Staat nicht denkbar. Das Verantwortungsgefühl ist die Grundlage der Demokratie. Es gilt, dieses Gefühl nicht zu töten, sondern zu stärken. (Beifall h. b. Soz.)

Abg. Knieß (Dem.) fordert, daß die beabsichtigte Preislenkung nicht auf Kosten des Handwerks gehe, und daß der Kartell- und Sybilaispolitik mit ihren Preisdisketten größere Aufmerksamkeit geschenkt werde.

Abg. Artelt (Nelle, Wirtsch. Bgg.) erklärt, die Konkurrenz des Handwerks durch die Strafankalten müsse eingeschränkt werden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache; der Haushalts wird dem Hauptausschuß überwiesen.

Die Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung der kommunistischen Abg. Kellermann und Lademann wegen Gotteslästerung und Verleumdung der Kirche werden, wie es schon einmal geschehen, erneut dem Ausschuss zur nochmaligen Prüfung überwiesen, da hier grundsätzliche und schwierige juristische Fragen genau behandelt werden müßten.

Montag 12 Uhr: Strafvolzug und Entwurf über die Fürtorgenspflicht. Schluß 3 Uhr.

Die Passion.

Roman von Klara Viebig.

(40. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Frau Ella Witkowski litt es nicht, daß Eva ausging. Das fühlte noch, daß die das Gerumtreiben lernte, die war überhaupt schon ein wenig verwildert durch das immer sich Alleinüberlassen-Sein; aber das hatte die arme Olga eben nicht anders erdulden können. Sie war der Verstorbenen, ihrer armen Schwägerin, verpflichtet, Evas Erziehung in die Hand zu nehmen. Und sie tat das energisch.

Was Eva nie gekannt hatte, eine ihr bis auf die Minute vorgeschriebene Tätigkeit, das lernte sie jetzt; früher hatte sie etwas getan, wenn es ihr gerade paßte und es ihr einfiel: nun kümmerte sie sich um die Dinge oder vielmehr auch einmal keine Strümpfe stopfen. Jetzt ordnete die Tante vom frühen Morgen an: „Wenn Untel weg ist um Achte, dann geh's los mit dem Reinemachen. Wenn Du damit fertig bist und ich vom Einholen wiederkomme, dann schälst Du die Kartoffeln und puzt das Gemüse. Das Kochen besorge ich. Aber um Drei mußst Du mit dem Abwasch fertig sein, und dann werd ich Dir schon sagen, was Du noch zu tun hast.“

Eva weinte abends in ihr Kissen, aber tagsüber biß sie die Zähne zusammen. Die Tante sollte ihr nicht noch einmal sagen, wie damals im Anfang: „Die arme Olga hat Dir viel zu viel nachgesehen, ich bin außer mir, wie schamhaft Du bist. Du lammst Gott danken, daß Du bei mir jetzt was lernst.“ Und Eva lernte wirklich etwas. Ihr Ehrgeiz, sich von dieser Frau, die von ihrer Mutter gar nicht geliebt worden war, nicht tabeln zu lassen, erzwangte. Wenn sie nur nicht immer so müde, so entsetzlich müde gewesen wäre! Eine solche Müdigkeit war oft über ihr, daß sie sich auf der Cimeterbank beim Herde niederlegen mußte, den schweren Kopf in die Hände stützen und wie unter einer Zentnerlast feuigen. Wenn die Tante in die Küche kam, sprang sie schnell auf, machte sich am Herde zu schaffen, aber sie hörte die nicht immer kommen. Denn ihr Gehör war schlecht.

„Schläfst Du am helllichten Tage?“ jagte Frau Ella. Und zu ihrem Manne sagte sie: „Die Eva ist leider träge.“

„Sie ist ja noch ein halbes Kind.“ meinte Witkowski zur Entschuldigung. Aber das ließ seine Frau nicht gelten. „Mit fünfzehn ist man kein Kind mehr, da hältst Du mal sehen sollen, was ich geleistet habe in dem Alter. Eigentlich ist es n Glück für die Eva, daß die arme Olga tot ist, so kann doch noch was aus ihr werden.“

Eva beklagte sich nicht beim Untel, daß sie nicht ausgehen durfte, das hätte ja doch nichts daran ändern können. Sie klagte

überhaupt nicht! sie jagte nur zuweilen, wenn sie ganz allein in der Wohnung war, so laut, daß es von den Wänden widerhallte: „Ich habe Sehnsucht. Ich habe solche Sehnsucht!“ Nach dem Stieptrater gewiß nicht, von dem man die Absicht kühn gewesen, auch nicht nach den vertrauten Möbeln, die verkauft worden waren, und von deren geringem Erlös die Tante ihr praktische Wünsche angekauft hatte, und derbe Schuhe, und das übrige als Notgroßes zurückgelegt. Nicht einmal nach dem kleinen gelben Bild, ihrem einst so muntern Spielgefährten, lehnte sie sich, aber nach der Mutter, und nach den Feiertagen bei Frau Leffel im Grunewald. Ach, waren die schön gewesen! Wie ein goldener Traum schwebten sie in ihrer Erinnerung und wurden, je länger sie von ihnen entfernt war, desto goldener. Nur einmal noch da herumgehen in der Sonne, so warm beschienen, beschienen von dem goldenen Himmelslicht und dem schönen Gespür der freundlichen Dame!

Es durchfuhr Eva wie ein Schred — wer Freude nicht gewohnt ist, dem kommt sie erst wie ein Schred —, als der Untel eines Tages sagte: „Ich habe einen Brief von der Dame aus dem Grunewald bekommen. Sie erkundigt sich nach Dir. Du sollst sie nächsten Sonntag besuchen. Sie läßt Dich ein schön zum Essen.“ Eva blinzelte nach der Tante hin: die würde sich ärgern, wenn sie jetzt jagte, daß die schöne reiche Frau Leffel die beste Freundin von ihrer Mutter gewesen war. Als sie dort zu Besuch gewesen, zwei Sommermonate, war sie da auch gehalten worden wie die eigene Tochter, genau wie Billa. Frau Ella sagte darauf, daß sie gar nicht dafür wäre, solche Beziehungen wieder aufzunehmen, die brachten Eva nur aus ihrer Sphäre. Aber Irma, die das Gespräch mitanhörte, schlug sich auf Evas Seite: zu dumm, wenn man sie da nicht hingehen ließe, sie konnte da vielleicht doch später als Hausmädchen ankommen. Das leuchtete Frau Witkowski ein. Und auch der Untel war sehr dafür, er schrieb für Eva eine dankende Zusage.

Somit waren die Sonntage die besten Tage im Witkowski'schen Hause für Eva, denn dann kam Vetter Albert zu den Eltern zu Tisch. Der war nett, schon immer nett zu ihr gewesen, als sie noch ein ganz kleines Mädchen war. Er brachte ihr Romane zum Lesen mit, machte ihr die Tür auf, wenn sie mit dem Tablett voll Geschir hinein oder hinaus wollte, jaß sie überhaupt manches Mal so an, daß sie ganz genau wußte, der weiß, was du hier aussteht, und es tut ihm leid. Trotzdem konnte sie diesen Sonntag nicht erwarten. Sie zitterte darauf. Die Nacht vorher konnte sie gar nicht schlafen, gut, daß sie nicht wie früher, als Kind, drinnen bei Irma schlief, daß sie ihr Bett in der Küche hatte, dort, von niemand gehört, sich rafflos werfen konnte. Eine sehnsüchtige Unruhe lag über ihr, die allmählich auf den Schlag einer ferneren Annäherung hingen. Somit war es ihr

schredlich, wenn die Uhr sechs meldete und sie aufstehen mußte, aber heute fuhr sie geschwind aus dem Bette, wie aufgeschwungen; ihre Sonntag'sung jetzt an! Die Spaten schürften am Frühlingmorgen, draußen würden schon umfellen jüngen, auf dem grünen Rasen herumhüpfen, in den kleinen Beeten würden Schneeglocken und Anemoden blühen, und Frau Leffel, ihre liebe reiche Frau Leffel, mit dem Gesicht, das so rund war wie eine Sonne und so wärmependend, würde unter der Tür stehen: „Willkommen, kleine Eva!“

Eva zitterte so, als sie sich zum Auszug fertig machte, daß die Tante ihr die Zöpfe flechten mußte, sie in schwerem Kranz um den kleinen Kopf legen. Frau Ella schalt dabei: wie konnte man sich bloß so aufregen! Und dann ermahnte sie: „Denk nur Dich. Erzähl auch, damit die Dame nicht denkt, Du hast es nicht gut bei uns.“

Eva wählte lange aus: was sollte sie anziehen, ihr Schwarzes von der Trauer her, oder das karierte, das sie noch von Billa hatte? Aber als sie dann, im hellen Frühlinglicht vor der bestkühlten Villa stehend, an sich herunter sah, kam ihr das karierte Kleid doch schon recht getragen vor und vor allem ausgemacht. Das machte sie verlegen. Und es machte sie noch verlegener, als das keine Hausmädchen mit dem weißen Häubchen und der weißen Schürze jagte: „Die gnädige Frau hat gerade Besuch.“ Aber sie sollten nur warten, sie weiß, daß sie kommen.“

Und die Verlegenheit wollte nicht weichen. Das war noch dieselbe gültige Frau mit demselben lieben Lächeln, aber der Eva, die jetzt in der Küche schlief, die Fenster puzte und die Bretter heranschiebte, kam sie jetzt so vornehm vor, daß sie sich nicht recht getraute.

Frau Leffel selber fand auch nicht gleich den rechten Ton. Sie hatte Eva so zierlich in der Erinnerung, ganz wie ein Kind aus gutem Haus, und nun sah hier ein Mädchen im vertragenen Kleid, das Hände hatte wie ein Dienstmädchen, überhaupt wirkte wie ein solches. Wenn das die arme Witkowski wüßte! Hatte Eva es denn gut beim Untel? Sie fragte, aber Eva war verlegen; dazu hatte sie zuviel Stolz, um den Bruder ihrer Mutter, die eigne Familie schlecht zu machen.

Eva blieb nach Tisch sich selber überlassen, denn Billa war in Pension in der französischen Schweiz. Sie schlenderte durch den Garten, sah alles wieder und war doch nicht glücklich in diesem Wiedersehen. Waren das noch dieselben fleißigstreuten, jonnendgelängten Wege, dieselben krausartigen Kiefern, deren Duft sie eingeatmet, dieselben kleinen Beete, vor denen sie gekniet und den Blumen ins lachende Herz geschaut hatte? Und das war nicht mehr so wie damals. „Ach, Mutter, meine Mutter!“

(Fortsetzung folgt.)

Rein größeres Arbeitstempo.

Der Generaldirektor des Siemens-Schuckert-Konzerns, Karl Röttgen, sagt in seinem Buche „Das wirtschaftliche Amerika“, das er im vorigen Jahre nach einer Studienreise durch die Vereinigten Staaten schrieb: „Durch längere und intensivere Arbeit können wir leicht 20 Prozent (Mehrproduktion) herausholen und den Vorkriegszustand wieder erreichen. Was wir durch Organisation und Rationalisierung erreichen können, wird sich nur schrittweise einstellen. Wenn es bald besser werden soll, müssen wir uns entschließen, mehr zu arbeiten.“

In diesen Sätzen ist das umfaßt, was dieser für Deutschland sicher nicht bedeutungslose Unternehmer in den Vereinigten Staaten an wirtschaftlicher Erkenntnis gewonnen hat. Seine Argumente haben in der gesamten deutschen Unternehmerwelt große Auswirkung gehabt, sie werden den Arbeitern noch heute fast alle Tage immer wieder vorgehalten. Deswegen schien es notwendig, die Grundlage jener Argumente an Ort und Stelle in Amerika selbständig zu untersuchen und nachzuprüfen.

Röttgen baut seine Erkenntnis auf der Tatsache auf, daß Amerikas industrielle Organisation und Rationalisierung auf Deutschland nicht ohne weiteres übertragen werden könne — es fehle an gleich umfangreichen Möglichkeiten und vor allem an Kapital —, aber „wenn jeder einzelne erkennt (wie in Amerika), daß Mehrarbeit das Primäre ist, von dem jeder Fortschritt ausgeht, werden wir wieder gefunden.“

So spitzt sich das Problem auf die Frage zu, ob in den Vereinigten Staaten

das Arbeitstempo

anders ist als in Deutschland und inwiefern es so ist.

Vorerst ist die Frage zu erörtern, wie lange der amerikanische Arbeiter täglich arbeitet. Röttgen gibt in seinem Buche darüber Zahlen aus dem Jahre 1921. (1) Er meint, sie seien auch heute noch gültig. Die Zahlen umfassen 22 der wichtigsten Industrien und geben für 77,5 Prozent der Beschäftigten den Achtstundentag und weniger an. Aber dabei fehlt das in Amerika riesenhaft ausgebreitete Baugewerbe, das den freien Sonnabend — die 40-Stunden-Woche — im allgemeinen erreicht hat. Auch sonst ist die Bewegung auf weitere Verkürzung der Arbeitszeit durchaus nicht zur Ruhe gekommen. So wird sie z. B. jetzt bei den Holzarbeitern, die mit den Zimmerern in einer Organisation zusammengeschlossen sind, diskutiert. Die 48-, 44- und gar 40-Stunden-Woche schließt natürlich nicht aus, daß in einzelnen nicht organisierten Betrieben dieser Berufs und auch sonst unter bestimmten Voraussetzungen einmal länger gearbeitet wird, aber im ganzen gesehen ergibt sich, daß der deutsche Arbeiter zweifellos nicht unwesentlich länger arbeitet als sein amerikanischer Kollege.

Ein Vergleich des Arbeitstempos ist sehr schwer. Berechnungen in Beziehung zum Arbeitsquantum werden gern gemacht — Röttgen liebt sie besonders —, aber sie übersehen die unterschiedlichen technischen, organisatorischen und psychologischen Voraussetzungen.

In einem guten amerikanischen Betriebe wird kein gelernter Arbeiter dazu gezwungen, sich sein Material selbst herbeizuholen und das bearbeitete Gut weiter zu befördern, ebensowenig hat er es nötig, sich um das Funktionieren seiner Maschine zu kümmern — dafür sorgen Spezialisten und Hilfskräfte. Er wird nicht angepöbeln und injiziert.

Es gibt keine Inflation

und es redet ihm niemand in seine Arbeit hinein, der sie nicht versteht oder nur theoretisch beherrscht.

Vergleicht man das eigenliche Arbeitstempo, die Anzahl der Aufhänger während des Arbeitsvorgangs, die körperliche Leistung, die Arbeitsbereitschaft während der Arbeitszeit, so ergeben sich sehr beachtliche Resultate.

Der amerikanische Maurer, Zimmerer, Bauanschläger oder Kupfer — sie arbeiten alle nicht mehr darauflos, als es bei uns üblich ist. Man kann sagen, daß häufig bei uns die körperliche Anstrengung eher größer ist. Der Unterschied liegt darin, daß in Amerika alles getan wird, um irgendwelche bei der Arbeit hindernde Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

In der amerikanischen Holzindustrie lernten wir einen ganz modernen Betrieb kennen, in dem die Herstellung von Kabinettstücken im Bandbetrieb — Zerlegung in über 90 Einzelarbeiten — erfolgt. Auch hier beschäftigten Arbeiter, die die besten Arbeitsbedingungen der jüngsten Jahre noch in lebhafter Erinnerung hatten, daß das Arbeitstempo durchaus nicht anders sei als in großen deutschen Betrieben.

Wir kennen das Tempo in den rheinisch-westfälischen Siebereiabteilungen der großen Konzerne und haben verglichen dazu z. B. einen Betrieb, der zu den besten und qualitativsten seiner Art — Herstellung von Jahrbuchgetrieben für Schiffsausgaben usw. — gehört. Unser Ergebnis nahm kein Ende: es gab in dem amerikanischen Betrieb keinerlei Fehler.

In den großen Unternehmungen der amerikanischen Seidenwebindustrie, die wir in einer Inspektion ihrer wichtigsten Betriebe und Anstalten kennenlernen, gibt es kein anderes Tempo als in gleichartigen deutschen Unternehmungen. In einer großen Schilddrüsen-Fabrik, die jährlich rund 7000 Maschinen mit bester Fertigung in großen Werkstätten herstellt, herrscht natürlich weitestgehende Zerlegung der Arbeit — 64 Einzelarbeiten zur Herstellung eines Fertigungsstücks —, aber das gleiche lebhaft Tempo gibt es in den verwandten Unternehmungen bei uns ebenfalls.

Bei Beobachtungen der Erdarbeiten, Straßen- und Schienenarbeiten, bei Hotel- und Restaurationsbetrieben, im Bergbau, auf den Bauhöfen — überall ergab sich das gleiche Bild: Das Tempo ist häufig eher ruhiger als in Deutschland.

Natürlich gibt es auch in der amerikanischen Industrie Betriebe, die sich durch die Organisation der Arbeit auszeichnen. Das System der fliegenden Produktion verfuhr manchmal dazu, die Arbeiter an unsere Kolonnenparaden, die Arbeiter an Frontenparaden, an den Spezialparaden

in Schokoladen- und Konfektfabriken, in der chemischen Industrie, sie wissen auch ein Lied von der Qual der Maschine zu singen.

Uns fällt in Amerika sofort auf, und es bleibt immer im Bewußtsein, weil sich dafür alle Tage die Beweise neu häufen: es gibt

keine nervösen Unternehmer.

Das mag absurd klingen, aber es ist dennoch so. Haben die Amerikaner andre Herren als wir? Ich fand noch keinen unfähigen weil nervösen Schalterbeamten und noch keinen Arbeitsleiter oder Chef, der „gerade keine Zeit“ hätte. Merkwürdig, sie haben alle Zeit, wenn man etwas vernünftiges will, sie sind alle höflich, sachlich und bereitwillig. Sicher liegt das mit in einer uns beispiellos erscheinenden öffentlichen Disziplin, in einer bewundernswerten Eingliederung des einzelnen. Man ist es eben aus praktischen Gründen. Es ist am praktischsten und — am billigsten, deswegen ist man eben so und nicht anders.

Dieses Praktisch- und unter allen Umständen Ueberlegenheit hat natürlich auch seine Schattenseiten. Man darf sich nicht verleiten lassen, etwa anzunehmen, daß dieses labile Gleichgewicht der sozialen Gegensätze in Amerika ein göttlich gelungenes perpetuum mobile sei, das aus sich heraus in alle Ewigkeit glückliche Ausgleichung erzeuge. Im Gegenteil, dieses Gleichgewicht ist ein bis aufs feinste ausbalanciertes Parallelprogramm der sozialen und wirtschaftlichen Kräfte. Einer drängt den andern, stößt sich auf den andern, braucht den Nächsten, kann ihn weder entbehren noch verdrängen, so erwächst meist wohl mehr aus dem Unterbewußtsein als aus der Erkenntnis seine Ausgleichung, die hohe Produktion ermöglicht.

In Amerika schein kein Unternehmer dem Arbeiter nur einen Cent, er will aber auch nichts geschenkt haben und bekommt auch nichts geschenkt.

Mit dem Arbeitstempo — „der Leistung pro Mann“, wie Herr Röttgen und seine Freunde gern sagen — ist es in Wirklichkeit so, daß es mechanisch ein Problem der Betriebsorganisation und psychologisch ein Problem der Menschenbehandlung ist; beides sind Unternehmernaufgaben. In der unterschiedlichen Art ihrer Lösung in Deutschland und in Amerika ist ein nicht unerheblicher Teil des Erfolgs der amerikanischen Produktion zu suchen und nicht in der in Amerika etwa größeren Ausbeutung des Arbeiters. Da kann sich die unsrige in Deutschland neben der amerikanischen durchaus sehen lassen.

Kurt Heintz.

104 Millionen für Wilhelm in Doorn.

Die Not der Hohenzollern hat einer Proletarierfrau Anlaß gegeben, mit ihren Spargroschen helfend eingzugreifen. Das Nähere erfahren unsere Leser aus dem nachfolgenden Briefe, den die milidante Spenderin der Redaktion unjers Brudersblattes in Frankfurt a. M. übersandte:

Frankfurt a. M., 14. Januar 1926.

Geehrte Redaktion!

Anbei sende Ihnen 104 Millionen Mark mit der höflichen Bitte, dieselben an den deutschen Kaiser zu senden, da ich leider keine Adresse nicht genau weiß, als Abonnentin werden Sie mir dieses nicht abschlagen.

Es ist ein Beitrag für seine gewöhnliche Entschädigung, damit sich endlich einmal die tapferen Hohenzollern etwas beruhigen. Ich habe mir zwar diese Summe mit Mühe und Not zusammengepart, aber als ehliches, heiliges, kaiserliches Germanenweib halte ich es für meine Pflicht, mein Bestes für unsern Geliebten zu opfern, da er doch wirklich zu großzügig und ehrenvoll an dem deutschen Volke gehandelt hat.

Es war geradezu rührend, wie er immer sein Volk ermutigte mit den Worten: „Galtet durch! Wir müssen siegen!“ trotzdem er doch nur den geringen Vorrat von 500 Zentner Mehl 70 Zentner Zucker, 300 Pfund Sahne, über 100 Zentner Fett- und Gemüsesorten usw. in seinem Schlosse in Berlin aufbewahrte. Er konnte es nicht mehr länger mit ansehen, wie Kinder und Frauen jämmerlich hungerten mußten und wie sich die Männer für das Vaterland verbrüteten, deshalb schüttelte der todesmüde Kaiser schmerzhaft den Staub von den Füßen und floh nach Holland, wo er sich jetzt mit seiner jungen Gemahlin kümmerlich durchschlägt, so daß er sogar gezwungen ist, als Filmhändler in einem französischen Film mitzuwirken; ich kann es nicht länger übers Herz bringen, weiter mit anzusehen, wie sich andre Länder darüber lustig machen. Deshalb möchte ich Sie nochmals bitten, diesen Beitrag umgehend nach Holland zu befördern, damit ihm weitere Sorgen und Prozesse um sein verlorenes Gut erspart bleiben. Es sind noch viele, viele heilige Frauen, die ihre ganzen letzten Ersparnisse verloren haben und heute elend darben müssen, da ihre Männer arbeitslos sind, oder sie nur als armselige Krüppel herumlaufen haben, und trotz all ihrem Elend gewillt sind, ihre jämmerlichen Papierzettel ihrem ehrenvollen, tapferen Kaiser zur Verfügung zu stellen, damit er sein weiteres Leben auch fernersich noch herzlich in Frieden verbringen kann.

Nur mit Geld kann das deutsche Volk auf die Hohenzollern und ihren ehemaligen Kaiser zurückfallen, die Seligschichte wird unsern Nachkommen noch nach Hunderten von Jahren des einstmaligen deutschen Kaisers Wilhelm II. Gelbmetalen in ergreifender Weise jähern.

Eine alte Abonnentin.

Die französische „Vollstimme“ bewirkt zu diesem Schreiben, daß sie das Geld — einen französischen Scheck über 100 Millionen Mark, eine Banknote über zwei Millionen, eine Banknote über eine Million, eine Banknote über 500 000 Mark und fünf Hunderttausendmarkstücke — an das „Hofmarschallamt“ in Doorn geschickt habe, und fügt hinzu: „Galt's Will, der wie eine tolle Fingerringe erst löstete und dann durchbrannte, auch mit diesem Opfer noch nicht zufrieden sein sollte, werden wir unter den Kriegskämpfern und Erwerbslosen eine weitere Sammlung veranstalten. Die meisten haben sicher noch — Enno-Geld zu Hause.“

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Erklärung bei den Eisenbahnern.

In dem ewigen Johnkampf zwischen den Eisenbahnarbeitern und der Reichsbahn-Gesellschaft ist durch die jüngst ablehnende Haltung des Verwaltungsrats, der sich weigert, den für verbindlich erklärten Schiedsspruch anzunehmen, plötzlich eine neue Verschärfung der Situation eingetreten. Am Sonnabend haben die Organisationen der Eisenbahnarbeiter eine gemeinsame Tagung abgehalten, auf der beschlossen wurde, noch einmal an den Reichsbahn-Vorstand zu appellieren. In dem Ergebnis dieses Schrittes bei dem Reichsbahn-Vorstand wird es abhängen, welche Konsequenzen die Organisationen treffen werden, um die Sabotierung des Schiedsspruchs durch die Reichsbahn-Gesellschaft zu verhindern.

Die von einem Teile der Presse veröffentlichte Meldung, daß ein Demonstrationsstreik beschlossen sei, der in der kommenden Woche durchgeführt und voraussichtlich mehrere Stunden dauern werde, entspricht nicht den Tatsachen. Wenn aber die Reichsbahn-Gesellschaft die Dinge unter allen Umständen auf die Spitze treiben will, dann dürfte es bei Demonstrationen kaum sein Bewenden haben.

Nach einer Berliner Korrespondenz hat das Reichsarbeitsministerium die Vertreter der Eisenbahngewerkschaften zu einer Besprechung am Mittwoch geladen.

Bräunung gegen die Bankangehörigen.

Der Reichsarbeitsminister hat die Verbindlichkeitsklärung der beiden Schiedssprüche im Bankgewerbe abgelehnt. In der Begründung wird gesagt, daß, wenn auch gegen die Durchführung der Gehaltsregelung im Wege staatlichen Zwangs keine Bedenken bestanden hätten, so sei doch zweifelhaft erschienen, ob Gehaltsregelung und vorgeblagene Regelung der Arbeitszeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen vom Bankgewerbe getragen werden können. Um einen tariflosen Zustand im öffentlichen Interesse zu vermeiden, soll ein neues Schlichtungsverfahren im Bankgewerbe erfolgen.

Das Reichsarbeitsministerium beabsichtigt, das neue Schlichtungsverfahren tatsächlich von der in Aussicht genommenen „unparteiischen“ Persönlichkeit vornehmen zu lassen, die sich, wie die vertrauliche Information des Reichsverbandes der Bankleitungen rühmend hervorhob, von den Argumenten des Bankunternehmens besonders „beeindrucken“ ließ. Das Reichsarbeitsministerium geht so einen gefährlichen Weg. Will es den Rest an Vertrauen der Arbeiterklasse zum Schlichtungsverfahren überhaupt mit Stumpf und Stiel auszrotten?

Noch ein Fall Bräunung.

Am 12. Oktober 1925 wurde von dem amtlichen Schlichter, Regierungsrat Dr. Classen, ein Schiedsspruch gefällt, der für die Löhne der Kallindustrie eine Erhöhung von 5 1/2 Prozent vorsah. Der Arbeitsminister lehnte die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs ab.

Die Arbeiter versuchten nun auf andre Weise, eine Erhöhung ihrer Löhne zu erreichen. Sofort setzte auf Antrag der Unternehmer das Reichsarbeitsministerium ein neues Schlichtungsverfahren an und der gleiche Schlichter, der sich bereits für eine Lohnerhöhung von 5 1/2 Prozent entschieden hatte, fällt am 30. Januar einen Schiedsspruch, der etwa 92 Prozent der Kallarbeiter garnichts bringt und den Stundenlohn der Vollarbeiter von 42 auf 1 1/2 Pfennig erhöht.

Das Reichsarbeitsministerium geht, wie man sieht, mit den Kallreaktionären durch dick und dünn. Die Kallunternehmer haben wirklich keinen Grund, über das Reichsarbeitsministerium zu meinen.

Ein Defraudant. Das Mitglied des Vorstandes der Interessengemeinschaft der Reichsbankbeamten, Reichsbankoberinspektor Hergesell, der seit einiger Zeit zur Wahrnehmung dieser Tätigkeit von der Reichsbank beurlaubt war, hat in seiner Eigenschaft als Kassensührer den Betrag von ungefähr 36 000 Mark aus dem Vermögen der Interessengemeinschaft der Reichsbankbeamten unterzogen. Er will das Geld zur Deckung von Verlusten aus Kennwetten verwandt haben.

Vereine und Versammlungen.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund.

Am 30. Januar hielt die Ortsgruppe Magdeburg dieses Bundes eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Zur Besprechung stand hauptsächlich die Verschmelzungsfrage mit andern Arbeiterstenographen-Verbänden zu einem einzigen großen Arbeiterstenographen-Verband. Was alle Einigungsbestrebungen der Arbeiterstenographen in früheren Jahren nicht vollbracht haben, wird mit aller Wahrscheinlichkeit die Reichskurzschrift in kurzer Zeit vollbringen. Der diesbezügliche Antrag zur Verschmelzung unjers Bundes mit andern Arbeiterstenographen-Verbänden, wurde einstimmig angenommen. Wenn sich jeder Arbeiterstenographenverein im Reiche mit derselben Einigkeit wie die Magdeburger Genossen für die Verschmelzung einsetzt, wird der jahrelange Wunsch mancher Schriftgenossen doch noch zur Wirklichkeit werden, und ein großer, einiger und starker Arbeiterstenographen-Verband ins Leben treten. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß der letzte abgeschlossene Kursturz in Reichskurzschrift sehr gute Erfolge bei den Mitgliefern erzielte. Darauf wurde die Eröffnung eines Anfängerlehkursus in Reichskurzschrift beschlossen. Dieser Kursus beginnt am Dienstag den 2. März, abends 8 Uhr, in der 4. Volkshochschule, Große Schulstraße 1.

Vereins-Kalender.

Sind nur gegen Vorauszahlung, die Zeile 90 Pfennig, aufgenommen.
Eperand und Sidost. Versammlung am Dienstag den 2. Februar, abends 8 Uhr, im „Zurmpark“. Herr Schwanstein spricht. Erscheinen aller im Pflicht.
Reichsbankbeamtenverband E. B. Mittwoch den 3. Februar, abends 8 Uhr, im „Apollo-Saal“, Ballstraße, Versammlung. Der Prozeß beim Reichsgericht. Direktor Wehling spricht. Erscheinen im Pflicht.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null

Ort	Elbe	Saale	Wulde	Saale
Hamburg	81.1 + 0,54	—	Dübren	81.1 + 0,90
Brandenburg	+ 0,84	—	Unter und Saale	—
Meißen	+ 0,72	—	Gröhlitz	81.1 + 2,05
Leipzig	+ 0,70	—	Zwickau	1.2 + 3,04
Weißenfels	+ 0,44	—	Hennigsdorf	+ 2,22
Kaufzig	+ 1,05	0,17	Kalle Oberpegel	+ 3,18
Dresden	+ 0,44	—	Kalle Unterpegel	+ 2,16
Torgau	1.2 + 1,78	0,16	Grisehne	+ 2,17
Bitterfeld	+ 2,04	—		
Hofen	+ 2,53	0,05		
Aken	—	—		
Merseburg	+ 2,55	0,07	Strandburg	81.1 + 2,81
Magdeburg	+ 2,16	0,08	Oberpegel	—
Zangembünde	81.1 + 3,91	0,04	Strandburg	—
Strehlen	+ 3,12	0,13	Unterpegel	+ 1,80
Senftenberg	—	—	Kathowen	—
Domitz	+ 2,57	0,14	Oberpegel	+ 2,18
Dölzig	—	—	Kathowen	—
Wittenberg	—	—	Unterpegel	+ 1,42
Hofen	+ 2,35	—	Quesenberg	+ 3,27

Wetterbericht.

(Nachdruck verboten.)

Die große atlantische Depression entwickelt an ihrer europäischen Seite noch immer keine Störungsbereiche, die weit in den Kontinent hinein vorübergehende Wetterverschlechterung bringen. Am Montag morgen liegt wieder ein solches Schichtwettergebiet westlich des Rheines. Es wird sich nordwärts fortbewegen und gegen Abend über in der Nacht mit geringen Niederschlägen unser Gebiet passieren. Auf seiner Rückseite brömt mit geringer Geschwindigkeit warme Südluft herein, die auf ihrem Wege zwar erheblich an Wärme verliert, aber doch das Wetter im großen und ganzen mild bleiben läßt. Im Bereich der sich aufziehenden Südluft wird ziemlich starke Bewölkung und dieses Wetter, fröhliche etwas Regen, vorübergehend aber auch Auflockerung eintreten.
Ausblick für Dienstag: Vorübergehend auflockernd, sonst fast bewölkt und dießig, trübliche etwas Regen, im ganzen mild.

Mitteilungen der Buchhandlung Volksstimme.

Neue Zeitschriften.

Politische Rundschau des Sozialdemokratischen Jungsozialisten Nr. 5. — Das Tagebuch Nr. 5. — Frauenwelt Nr. 3. — Selbigen & Klüppel Nr. 6. — Der gemächliche Engel Nr. 1. — Neue Frauenleitung und Frauenkultur Nr. 2. — Praktische Damen- und Kindermode Nr. 5. — Redigiert für das deutsche Haus Nr. 15. — Sport und Sonne Nr. 1. — Blätter für Aquarien- und Terrarienfunde Nr. 1. — Steuerrecht Nr. 360.

Übergangs-Hüte

in vorteilhaften Preislagen!



Hut laut Bild
aus Rippside, entzückende
kleine Form
mit Goldverzierung **3 95** Mk.



Seidenhut
laut Bild, mit gezogenem Kopf,
modern gekraustem Rand und
Ziernadel **5 50** Mk.



Hut laut Bild
aus glänzender Seide, rückwärts
aufgeschlagen, modern
in Falten gelegter Gigolokopf **6 95** Mk.



Hut laut Bild
aus Rippside, kleidsam, aufgeschlagene Form mit aparter
Bandgarnitur u. Goldverzierung **7 75** Mk.



Hut laut Bild
aus Panettseide, mittelgroße,
vorn aufgeschlagene Form, mit
apartem Goldeinfaß u. Garnitur **8 95** Mk.



Hut laut Bild
aus glänzend. Seide
mit fischem Aufschlag, weich
verarbeitet, modern gesteppter
Krempe und aparter Garnitur **9 75** Mk.

Lange & Münzer

Breiter Weg 51/52.

Paulskirchensteuer
Erlaßt Raynzettel.
Spendenkarte, die von der Steuer für das
Jahr 1925 im Voraus bezahlt, werden für den
Anspruch auf die Steuer für das Jahr 1925
aufgehoben. Bis 15. Februar d. J. zu zahlen.
Kaufpreis 1 Pf. 100 Stück 100 Pf.

Artificial Flowers
Künstliche Blumen
Kartons, Pakete, Einzelstücke für
Kauf, Dekoration und Hochzeiten.
Karl Siebert
Bismarckstr. 4, 6. Etage, am Hauptbahnhof.

Artificial Flowers
Künstliche Blumen
Kartons, Pakete, Einzelstücke für
Kauf, Dekoration und Hochzeiten.
Karl Siebert
Bismarckstr. 4, 6. Etage, am Hauptbahnhof.

Die Geburt eines kräftigen
Mädchens zeigen hoch erfreut an
Otto Garz u. Frau.
Salzwedel, 31. Januar.
Mittelstraße 1.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Mittelstadt.
Todesfälle. 20. Januar. Karl Ernst, S. des Ingenieurs Franz Hugo, 13 J. Karoline geb. Meyer, Ehefrau des Richters Karl Lehmann, 70 J. Witwe Annamaria Johs geb. Hübner, 80 J.
20. Januar. Näherin Luise Gohrbier, 62 J. Stenograf Paul Friedrich, 88 J. Schneidermeister Wilhelm Schmidt, 75 J. Kaufm. Andreas Deffe aus Seyrothstraße, 59 J. Privatmann Rud. Kestlin, 77 J. Kleinf. Tochter des Kaufmanns Ernst Gräfel, 11 M. Arbeiterin Erna Schelle, 10 J. Kaufmann Kurt Röhrig, 30 J. Schneidermeister Hermann Dörsdorf, 47 J. Bildhauer Otto Wunderling, 71 J.
Todesfälle. 1. Februar. Friedrike geb. Gohmann, Ehefrau des Arbeiters Gustav Schulze, 66 J. Witwe Dorothea Hornemann geb. Siegmund, 65 J. Oberpostmeister i. R. Heinrich Hansen, 74 J. Pauline geb. Krüger, Ehefrau des Eisenbahn-Dienstmanns Hugo Müller, 61 J. Georg, S. des Malers Max Seife, 2 M. Lokomotivführer i. R. Valentin Kolbe, 71 J.
Magdeburg-Restadt.
Todesfälle. 2. Januar. Schuhmacherswitwe Sophie Holmeln geb. Herzog, 87 J. Kaufmännischer Arbeiter Otto Kollan, 42 J. — 29. Jan. Witwe Anna Friedrich geb. Müller, 80 J.
Todesfälle. 29. Januar. Kaufmann Gustav Böhlke, 62 J. Witwe Emilie Goedede geb. Hockler, 73 J.
Magdeburg-Sudenburg.
Todesfälle. 30. Januar. Arbeiter Karl Schneider, 62 J. Kaufmann Paul Reiche, 63 J. Former Joseph Klein, 55 J. Metzger Wilhelm Jahn.

Am Sonnabend nachmittag 12 1/2 Uhr verchied an den Folgen des Weltkriegs nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, der Ehemann

Paul Züllich

im Alter von 31 Jahren
Magdeburg-Sudenburg, den 30. Januar 1926.
Braunschweiger Str. 3
In tiefer Trauer:
Emilie Züllich geb. Knoll als Frau nebst Kindern.
Familie Knoll als Schwiegereltern.
Familie Züllich als Eltern
Familie Richter als Schwieger- und Schwager.
Tretet still zu meinem Grabe,
Süß ist nicht in meiner Ruh,
Denk, was ich gelitten habe,
Wünnst mir doch die ewige Ruh.
Ewige Kranzspenden dankend verbeten.
Die Trauerfeier vor der Einäscherung findet am Dienstag den 2. Februar, nachmittags 4 Uhr, in der Familiengruppe des Westfriedhofs statt.

Dankfagung.

Es ist uns ein Herzensbedürfnis, allen Verwandten, Freunden, Bekannten, dem Vorstand des Konsumvereins und dem Kontorpersonal, meinen Kollegen und Verlässlichen sowie meiner Familie in dieser Hinsicht zu danken für die liebevolle Anteilnahme bei der Bestattung unfer lieben Verstorbenen. Besonderen Dank möchte ich Herrn Professor Dr. Köhlin abfragen für die trostreichen und zu Herzen gehenden Worte in der Kapelle. Ferner möchte ich mich herzlich danken für den schönen Gesang der Sängergemeinde der freien Gemeinde, des Doppelquartetts des Magdeburger Sängerkreises sowie den Spenden des uns in unserem tiefen Schmerz dargebrachten Geigen- und Cellistens. In überaus reichen Maße sind uns weiterhin viele Beileidskundgebungen zuteil geworden, so daß es uns leider nicht möglich ist, jedem einzelnen persönlich unsern Dank abzusprechen. Auch an dieser Stelle möchten wir für das treue Gedenken unfer teuren Entschlafenen unsern besten Dank aussprechen.
Magdeburg-Restadt, den 30. Januar 1926
Schmidstraße 18d
Die trauernden Hinterbliebenen
Robert Niemann, Lagerhalter
nebst Kindern, Schwiegerohn und Enkelkindern.

Dankfagung.

Für die uns bei der Bestattung unfer lieben Verstorbenen erwiesene Teilnahme sowie Aufmerksamkeit sagen wir allen auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank den Herren Kollegen und Mitarbeitern der Firma D. Niede, hier, dem Sozial-Kontingentsverein sowie Herrn Pastor Augustin für seine würdlich trostreichen Worte am Sarge des Verstorbenen.
Witwe Friederike Zade
nebst Kindern.

Dankfagung.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben unvergesslichen Mannes, sage ich allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. Insbesondere danke ich der Behörde der Stadt, dem Magistrat sowie dem Stadtvorstandeskollegium, dem Vorstand und Aufsichtsrat des Konsumvereins, der Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarzes Rot-Gold, der Sozialdemokratischen Partei, dem Arbeitergesangverein und dem Zentralverband der Angestellten Magdeburg. Besonderen Dank Herrn Dr. Köhlin und Herrn Stiller für ihre trostreichen Worte, und allen, die meinem Manne das letzte Geleit gaben.
Gommern, den 1. Februar 1926.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Frau Luise Köpcke geb. Bär.

Krankenbehandlung

Homöopathie, Biochemie.
Jeder Kranke wird nach seinen Beschwerden individuell behandelt. Erkennung der Krankheit durch Anamnese, Harnuntersuchung.
E. Altmann, Gr. Münzstr. 4.
Sprechstunden: 9-11, 2-6, Sonntags 11-1.

Kopf kühl und Füße warm

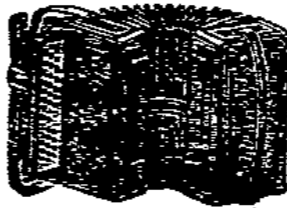
lautet eine alte Gesundheitsregel. Sie werden auch bei kaltem und nassem Wetter warme und trockene Füße haben, wenn Sie die Wärme erzeugende Kufinol-Einlegesohle tragen. Machen Sie noch heute einen Versuch.
Preise Mk. 1.25 bis 1.75 je Paar. Imprägnierte Kufinol-Einlegesohlen ohne galvanische Einlage 90 Pfg. und Mk. 1.—.
Verkaufsstellen:

- Engel-Apothek, Jakobstr. 19; Dandwörth'sche Apotheke, Halberstädter Str. 63; Kronen-Apothek, Dönnstedter Str. 10; Victoria-Apothek, Otto-Gueride-Str. 14; Drogerie Albrecht, Sünder Str. 18; Drogerie Eger, Breiter Weg 188; Gnomes-Drogerie, Feldstr. 53; Drogerie Grubig, Breiter Weg 120; Heunenberg & Co. u. Jämt. Drogerie; Drogerie Hauber, Rastl., Schöneb. der Str. 103; Hohenzollern-Drogerie, Halberstädter Str. 122; Hohenzollern-Drogerie, Staatsbürgerplatz; Kaiser-Otto-Drogerie, Alter Markt 23; Kälberlein-Drogerie, Sauerburger Str. 40; W. Lindner, Sauerburger Str. 40; Drogerie zur Stadth., Sünder Str. 31; Sonnen-Drogerie, Sünder Str. 101; Drogerie Starck, Halberstädter Str. 113; Stern-Drogerie, Sternstr. 4; Stern-Drogerie, Alt-Sülze 78; Wied-Drogerie, Otto-Gueride-Str. 29-33; Edel-Alt-Hilfsstr.; Drogerie Wirth, Sülze, Breiter Weg 137.

Weißer Zähne

erzielen Sie schon durch 1-2 maliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Zahnpaste Chlorodont, sie beseitigt sofort üblen Mundgeruch. Überall zu haben.

374



Mehlgarten-Harmonikas
diat. u. chrom. in eigener Werkstatt aus allerbest. Material hergestellt, sind fast unverwundlich, daher im Gebrauch die billigsten. Alle Arten Reparaturen gut und preiswert. Werkstatt Magdeburg, Breiter Weg 249, 1. Eing. Haselbäumplatz. Ausschneiden, aufbewahren.

Enorm billige Serien-Tage

- In diesen Preislagen sind größere Posten
- 0.95 Kleiderstoffe, Wollmusseline, Damen- und Kinderwäsche, Schürzen, Normalwäsche, Oberhemd., Krag., Krawatten, Wollwaren etc.
 - 1.95
 - 2.95
 - 3.95
 - 4.95 in Serien zusammengestellt und bietet ich hierdurch besonders günstige Gelegenheitskäufe.

Rudolf Broelje

Jacobstraße, Ecke Peterstraße.

Zemlin & Co.

Otto-Gueride-Str. 108 (Kaiserstraße) — Fernruf 44 6 — empfehlen sich für

Strassen-Glas-Fassad-Vakuum-Tappich-Parquet-Lokal

Spezial-Verklebung

Spezial-Verklebung

Die Frauwelt den Frauen, zum Lesen, Denken und Schönen. Mit Schnittmusterbogen 114 Stück 40 Pfg.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, Gruppe 253 — Magdeburg-Südendamm.

Am 21. Januar hat unser Kollege Lokomotivführer a. D.

Valentin Rothe

im Alter von 71 Jahren.
Mit ihm scheidet wieder ein treues Mitglied aus uns. Sein Lebenswerk werden wir hoch in Ehr. halten.
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 2. Februar, 10 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofs aus statt.
Der Vorstand.